

Von der „Roten Fahne“ zur „Zeitung für Dich“

Der dornige Weg der deutschsprachigen Presse im Altai

Von Josef Schleicher*



Heute ist die „Zeitung für Dich“ nur noch eine Randerscheinung unter den Medien in der Altairegion. Ihr Entstehen und ihr Werdegang als Sprachrohr der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe in diesem Teil Westsibiriens spiegelt auch die politischen Verwerfungen der zurückliegenden 55 Jahre.

Um Bestrebungen der Russlanddeutschen zur nationalen Konsolidierung und zur Wiederherstellung der Wolgarepublik zu vermeiden, zeigten die zentralen Partei- und Sowjetorgane in Moskau Entgegenkommen. 1955 wurde mit der „Arbeit“ in Barnaul die erste deutschsprachige Zeitung für Russlanddeutsche in den Nachkriegsjahren gegründet. Aus dem Aufruf des Herausgebers „An das Redaktionskollektiv und die Leser der „Arbeit““ wird deutlich, daß es sich nur um eine Regionalzeitung handeln sollte. Dass es sich um eine „deutsche“ Zeitung handelte, wurde nicht erwähnt. Demnach sollte die „Arbeit“ ein in deutscher Sprache erscheinendes Parteiorgan sein.

Die ersten Mitarbeiter dieser Zeitung sowie ihr Chefredakteur Viktor Pestow, hatten „gute“ Erfahrungen in der ideologischen Arbeit unter den Deutschen. Pestow war nach dem Krieg Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau“ in Ost-Berlin gewesen, die von den sowjetischen Besatzungsbehörden für die Deutschen herausgegeben wurde. Sein Stellvertreter in der „Arbeit“ war ein ehemaliger sowjetischer Offizier, der als Propagandist in der Besatzungszone tätig war. Aber bald kamen auch Russlanddeutsche in das Redaktionsteam.

Bereits, ein Jahr später hieß es in einem Leitartikel der „Arbeit“: „Jetzt kann man schon sagen, dass die Herausgabe der Zeitung nur die erste Schwalbe war, die einen Frühling in der Entfaltung der politischen und der öffentlichen Aktivität der deutschen Bevölkerung im Altai-gau ankündigt“ (Arbeit, Nr. 100, 1956).

Langsam aber sicher verwandelte sich die Zeitung in ein Medienorgan, das das nationale Bewusstsein der Russlanddeutschen weckte. Wie einer der ersten Mitarbeiter der „Arbeit“ Lew Malinowski später berichtete, wurde die erste Leserkonferenz, die am 22. April 1956 in Sorokino (jetzt Sarinsk) mit etwa 250 Teilnehmern stattfand, ein wahres Volksfest der Deutschen mit Gesang und Aufführungen von Laienkünstlern (Zeitung für Dich, Nr. 15, 1994). Von der „Arbeit“ wurden mehrere solche Leserkonferenzen veranstaltet.

Als die Redaktion in Barnaul am 15. Dezember 1956 eine Leserkonferenz ankündigte, hieß es in der Annonce: „Alle Deutschen der Stadt sind herzlich eingeladen“ (Arbeit, Nr. 100, 1956). Diese Einladungen förderten die Herausbildung eines nationalen Bewusstseins der Russlanddeutschen. Bei diesen Treffen wurde, im Gegensatz zu den Themen auf den Zeitungsseiten, auch über - Fragen der Deportation, der Arbeitsarmee oder der Wolgarepublik debattiert. Aktive Fürsprecher der russlanddeutschen Autonomie und der Schaffung eines deutschen Klubs in Barnaul waren Andreas Krämer, Korrespondent der „Arbeit“ und der literarische Beirat der Zeitung, Johann Warkentin (ZfD, Nr. 15, 1994).

Auch innerhalb der Redaktion waren die Meinungen über aktuelle Themen zum deutschen Problem und die Verbreitung der Zeitung unterschiedlich. Die Bereitschaft der Redakteure, sich mehr mit Themen wie Arbeitsarmee, Deportation oder Wiederherstellung der Autonomie zu befassen, stieß auf den Widerstand des

Chefredakteurs Viktor Pestow. Von Beginn an waren die Regionsbehörden sehr daran interessiert, die Wirkung der Zeitung auf die seit langem bestehenden deutschen Siedlungen um Slawgorod zu beschränken. Sie wollten nicht zulassen, dass die in ganz Sibirien verstreuten Russlanddeutschen von dieser Zeitung „angesteckt“ würden.

Als die Zeitung zur Rezension nach Moskau geschickt wurde und in die Hände des künftigen Chefredakteurs des „Neuen Lebens“ Grigorij Pschenizyn fiel, wurde die Redaktion der „Arbeit“ vor allem der Verbreitung „geheimer“ Informationen über die ausgesiedelten Deutschen beschuldigt. Es wurden schon damals Stimmen laut, die die Gründung einer zentralen Zeitung für die Russlanddeutschen forderten.

Dies wurde 1957 mit der Zentralzeitung „Neues Leben“ realisiert. In Slawgorod erschien nun die „Rote Fahne“ und in Snamenka - wie Slawgorod ein Rayonzentrum in der Altairegion - das „Arbeitsbanner“. Einige Mitarbeiter der „Arbeit“ wurden in die neuen Redaktionen übernommen. Die meisten Mitarbeiter und Leser der „Arbeit“ blieben der Pflege der deutschen Kultur und Sprache sowie der Autonomiebewegung der Russlanddeutschen treu.

Ohne Zensor, aber unter Kontrolle

„Die Gründung der Roten Fahne war ein Ausdruck der Sorge der Kommunistischen Partei um die nationalen Belange der deutschen Bevölkerung der Altairegion“, so meinte nach 30 Jahren Rudolf Erhardt, Chefredakteur der „Roten Fahne“, in seiner Jubiläumsrede auf der Gründungsfeier der „Roten Fahne“ (Archiv der Rote Fahne / Zeitung für Dich). Die enge Verbindung der Redaktionen der deutschsprachigen Zeitungen mit den Parteistrukturen diente folgendem Hauptziel: Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und „Schönschreiben“ der Wirklichkeit.

Die Tätigkeit der Redaktion der „Roten Fahne“ verlief unter der Kontrolle der Parteiorgane. Zwar arbeitete nie ein Zensor direkt in der Zeitungsredaktion, jedoch wurden regelmäßige Inhaltsübersichten vorbereitet. Dies hatte nicht selten schwerwiegende Folgen für die Redaktion.

So enthielt beispielsweise die Inhaltsübersicht für Januar bis April 1960 neben positiven Einschätzungen der Publikationen über die erfolgreiche Partearbeit und die Vorbereitung zum neunzigsten Geburtstag Lenins auch eine scharfe Kritik an den Gedichten der Schriftstel-

ler Dominik Hollmann und Friedrich Bolger. So schätzte der Zensor das Gedicht von Bolger „Mein Karaman“ als tendenziös ein, weil dort ein Fluss „auf dem Territorium der ehemaligen ASSR der Wolgadeutschen“ besungen wurde. Das Redaktionskollegium der „Roten Fahne“ schrieb einen Protestbrief an das Gebietspartei-Komitee der KPdSU, in dem es sich gegen diese Unterstellungen verwahrte (Archiv der RF/ZfD).

Nach dem Beschluss des Büros des Slawgoroder Stadtpartei-Komitees der KPdSU vom 11. November 1960 wurde Peter Mai entlassen, und Johann Schellenberg trat am 12. November die Funktion des Chefredakteurs der „Roten Fahne“ an.

Laut Johann Schellenberg war der Hauptgrund der Entlassung von Peter Mai der „ewige Streit mit Karl Welz, seinem Stellvertreter und Chef vom Dienst“. „Das waren zwei alte Wolgadeutsche Zeitungshechte, die verschiedene Ambitionen hatten und immer über Sprache und Inhalt der Zeitung stritten. Das erreichte die Parteibehörden“, so Johann Schellenberg im Gespräch mit dem Verfasser am 6. Mai 1994. Ab November 1960 war Johann Schellenberg fast 15 Jahre lang als Chefredakteur der „Roten Fahne“ tätig.

1967 schrieb der Chefredakteur in seinem Bericht, der von den Parteibehörden angehört wurde, dass die Zeitung Sorge um den muttersprachlichen Deutschunterricht zeige. Er erwähnte, dass 1938 der Deutschunterricht in den deutschen Siedlungen der Region abgeschafft und die Herausgabe von deutschen Büchern und Zeitungen eingestellt wurde. Nach dem 20. Parteitag der KPdSU hatten die Partei und der Sowjetstaat den Unterricht der Muttersprache für deutsche Kinder neu erlaubt. Deutsch als Muttersprache wurde 1957 in mehreren Schulen ab der zweiten Klasse eingeführt. Die Zeitung, die in dieser Zeit gegründet wurde, übte Patenschaft über diese Schulen.

„Die Zeitung bekommt oft Klagen von Eltern und Lehrern, dass einzelne Leiter von Schulen einige Schwierigkeiten der Einführung des Unterrichts von zwei Sprachen ausnutzen und die leninsche Nationalitätenpolitik, die Anordnungen des Aufklärungsministeriums ignorieren, dass sie verschiedene Ausreden suchen, um den Unterricht der deutschen Muttersprache aufzuheben“. Als Beispiele wurden die Schulen von Serebropol und anderen Dörfern des Rayons Tabuny, Gljaden (Rayon Blagoweschtschenka) sowie Slawgorodskoje angeführt. Die

Zeitung hatte einige Schulleiter für diese Einstellung streng kritisiert.

Im Bericht wurden auch einige Probleme der Redaktion beleuchtet. So war die Zeitung ein Organ von zwei Parteikomitees („Knecht von zwei Herren“, schätzte der Berichterstatter). Erwünscht wäre, so der Bericht, dass die „Rote Fahne“ vom Druckhaus „Altaiskaja Prawda“ herausgegeben werde. Die Redaktion hatte auch Schwierigkeiten bei der Verbreitung der Zeitung, weil sie in allen Rayons als „nicht unsere“ Zeitung betrachtet wurde. Deswegen gab es 1967 im Rayon Slawgorod 1600 Abonnenten, in Tabuný 79, Kulunda 328, Blagoweschtschenka 199, Chabary 753 und Burla 131.

Als Ende des Jahres 1966 eine Fernsehgruppe aus Barnaul nach Slawgorod kam und die Redaktion der „Roten Fahne“ besuchte, sagten sich die Fernsehjournalisten nach einem Gespräch bei örtlichen Behörden ab, einen Film über die „Rote Fahne“ zu drehen. Dasselbe geschah auch, als eine Gruppe des Nowosibirsker Filmchronikstudios kam. Die Tatsache, dass in Slawgorod eine deutsche Zeitung für Deutsche der Umgebung erschien, wurde nicht an die große Glocke gehängt. „Deswegen gibt es z. B. in Barnaul, wo 15000 Deutsche zu Hause sind, nur 60 Abonnenten der ‚Roten Fahne‘“, so der Chefredakteur damals.

Die Anwesenden auf der Parteisitzung kritisierten den Bericht. Die Zeitung sei „sehr deutsch“, sie solle nicht nur über Deutsche schreiben. A. Ch. Bronj, Sekretär des Slawgoroder Parteikomitees, meinte, wenn die „Rote Fahne“ auch offiziell Organ des städtischen Parteikomitees sei, so sei sie dem Inhalt nach doch keine Parteizeitung.

Im Eigenbericht der Redaktion über die Arbeit der „Roten Fahne“ im ersten Halbjahr 1967 wurde betont, dass die Redaktion entsprechend den Forderungen des Beschlusses des Slawgoroder Rayonkomitees der KPdSU vom 3. März 1967 ihre Arbeit umorientiert habe. Es wurde betont, dass die Arbeit mit den Lesern verbessert worden sei. Im Laufe von sechs Monaten trafen 533 Zuschriften (darunter 359 aus dem Altai) ein. Die meisten Leserbriefe wurden veröffentlicht, was zur Bessergestaltung der Zeitung beitrug.

Auf Grund dieses Eigenberichtes der Redaktion und ihrer eigenen Einstellung verfassten die Parteifunktionäre eine Resolution „Über die Verwirklichung der Verordnung des Slawgoroder Rayonkomitees der KPdSU vom 3. März

1967“, darin „Über die Arbeit der Zeitung ‚Rote Fahne‘ vom 7. Juli 1967 wird festgestellt, dass die Redaktion ihre Arbeit verbessert habe. Unter der Verbesserung wurde die Einführung der Rubrik „Dem 50. Jahrestag des Oktobers“, die Veröffentlichung von mehreren Berichten zu wirtschaftlichen Themen und sogar die Tatsache, dass in der Zeitung die Zahl der Gedichte und Berichte gesunken ist, die von außerhalb der Altairegion zugeschickt wurden, aufgeführt. Als unzureichend wurden die Kontakte der Redaktion zu Parteiorganisationen eingeschätzt. Die Beleuchtung der Komsomol- und Gewerkschaftsarbeit sei zu schwach (Archiv der RF/ZfD).

Im September 1968 verfasste J. Schellenberg ein neues Rechenschaftsschreiben „Über die Arbeit der Zeitung ‚Rote Fahne‘ bei der Verwirklichung der Verordnung des ZK der KPdSU ‚Über die Verstärkung der Rolle der Rayonzeitungen bei der kommunistischen Erziehung der Werktätigen“, in dem er die wichtigsten Themen der Zeitungsveröffentlichungen des Jahres 1968 beleuchtete.

Während der Diskussion nach dem Referat „Über die Erhöhung der Wirksamkeit der Presse“ auf dem 10. Plenum des Regionsparteikomitees der KPdSU Ende April 1970 meinte A. A. Birtschenko, Vorsitzende des Slawgoroder Rayon-Exekutivkomitees, dass es zweckmäßig wäre, die Zeitung „Rote Fahne“, die in deutscher Sprache erscheine und in mehreren Rayons Leser habe, der Region zu unterstellen (Altaiskaja Prawda, Nr. 104, 1970).

Am 12. August 1970 verfasste J. Schellenberg einen Bericht an das Stadtparteikomitee darüber, wie die Redaktion (die Verordnung des Slawgoroder Stadtkomitees der KPdSU vom 29. Juli 1970 „Über die Erhöhung der Rolle der Zeitungen ‚Snamja kommunisma‘ und ‚Rote Fahne‘ bei der kommunistischen Erziehung der Werktätigen“ verwirkliche.

In einem Bericht über die atheistische Arbeit der „Roten Fahne“ schrieb der Chefredakteur Johann Schellenberg, dass die Zeitung eine Reihe von Artikeln zu 16 atheistischen Themen veröffentlicht habe. Außerdem gäbe es Briefe von ehemaligen Gläubigen über ihren Bruch mit der Religion. Die Redaktionsmitarbeiter hätten eine Reihe von Vorlesungen zu atheistischen Themen in den deutschen Dörfern und im örtlichen Rundfunk gehalten. Nach den Vorlesungen bekamen die Zuhörer Aufführungen von Laienkünstlern der deutschen Abteilung der Pädschule zu sehen.

Am 20. Dezember 1971 schickte die Redaktion der Zeitung „Neues Leben“ einen Bericht über die Arbeitsbedingungen der Zeitung „Rote Fahne“ und die Analyse der Ausgaben der Zeitung für September, Oktober, November und Anfang Dezember 1971 an das Altaier Regionspartei-komitee. Wie aus einem Schreiben des amtierenden Chefredakteurs des „Neuen Lebens“, L. Gurwitsch, vom 22. Dezember 1971 an J. Schellenberg hervorgeht, wurde eine Kopie dieser Übersicht auch direkt an die „Rote Fahne“ geschickt. L. Gurwitsch bat J. Schellenberg, nur Edmund Günther, Woldemar Spaar und Andreas Kramer mit dieser Kopie vertraut zu machen, das Original gehe über das Regionspartei-komitee an die Slawgoroder Rayon- und Stadtparteikomitees.

Gurwitsch informierte Schellenberg, dass die Kollegen aus dem „Neuen Leben“ einige Bemerkungen zum Inhalt sowie zur Sprache und Gestaltung hätten, die sie im Bericht nicht erwähnten, aber der „Roten Fahne“ später zuschicken möchten. Außerdem meinte Gurwitsch, dass die Unterordnung der „Roten Fahne“ unter das Regionspartei-komitee eine gute Idee, das Verhalten der Behörden aber noch unbekannt sei. Er bat die Kollegen, Geduld zu haben.

Im Bericht des „Neuen Lebens“ vom 20. Dezember 1971 an das Altaier Regionspartei-komitee wurde mitgeteilt, dass die Arbeitsbedingungen der „Roten Fahne“ Ende November 1971 untersucht und gleichzeitig die Ausgaben der „Roten Fahne“ für die letzten drei Monaten gesichtet wurden. In bezug auf die Arbeitsbedingungen stellte man fest, dass dem Beschluss des Altaier Regionskomitees der KPdSU entsprechend die Zeitung „Rote Fahne“ für Sowjetdeutsche erscheine, die in einem Dutzend Rayons der Kulunda-Steppe zu Hause sind. Formal sei die „Rote Fahne“ ein Organ der Slawgoroder Stadt- und Rayonkomitees der KPdSU sowie der entsprechenden Exekutivkomitees mit Unterordnung unter die Propaganda-Abteilungen dieser Parteikomitees.

Deswegen entstehen nach der Meinung der Berichterstatter aus dem „Neuen Leben“ ungerichte Ansprüche gegen die Redaktion der „Roten Fahne“, dass sie angeblich über die Stadt und den Rayon Slawgorod zu wenig schreibe. Aber die Analyse von zehn zufällig ausgewählten Ausgaben der „Roten Fahne“ zeigten folgendes Bild: 30 Materialien waren aus und über den Rayon Slawgorod, 10 betrafen die Stadt Slawgorod, 17 den Rayon Chabary, 15 den Rayon Kulunda, 9 den Rayon Ta-

buny, 9 den Rayon Blagoweschtschenka, 6 den Rayon Burla.

Das Rayon-Parteikomitee Slawgorod äußerte die Meinung, dass der Inhalt der Zeitung schwer zu kontrollieren ist, weil die Leiter der Rayons nicht die Möglichkeit haben, die Richtigkeit und Wirksamkeit der Publikationen der Zeitung aus anderen Rayons zu prüfen.

Es wäre in folgedessen nötig, die „Rote Fahne“ dem Regionspartei-komitee für die Rayons der Kulunda-Steppe zu unterstellen sowie die Arbeitspläne der Zeitung vom Pressesektor der Propagandaabteilung des Regionspartei-komitees zu bestätigen und die „Rote Fahne“ offiziell von der „Altajskaja Prawda“ herauszugeben, was dem Status der anderen Zeitungen, die für Sowjetdeutsche erscheinen, ähnlich wäre (die Republikzeitung „Freundschaft“ wird von „Sozialistik Kasachstan“ in Zelinograd und „Neues Leben“ von der „Prawda“ in Moskau herausgegeben).

In der Übersicht der Ausgaben der „Roten Fahne“ für September, Oktober, November und Anfang Dezember 1971 betonten die Kollegen aus dem „Neuen Leben“, die Zeitung sei ein zuverlässiger Helfer der örtlichen Parteiorganisationen bei der kommunistischen Erziehung der Leser und ihrer Mobilisierung für die Verwirklichung der Beschlüsse des 24. Parteitages der KPdSU. Fast die Hälfte der Publikationen sei den Vorkämpfern der Landwirtschaft, der Organisation des sozialistischen Wettbewerbs sowie der Rolle der Partei- und Komsomolgruppen gewidmet.

Gelobt wird, daß die Zeitung auch in Wirtschaftsthemen die positive Rolle der Gemeinschaft der Werktätigen verschiedener Volkzugehörigkeiten widerspiegelt. Es sei zu begrüßen, dass bei der Gestaltung der Literaturseiten der „Roten Fahne“ die sowjetdeutschen Literaten mithelfen. Die Literatur- und Kinderseiten seien sehr populär, besonders, wenn man in Betracht ziehe, dass die Sowjetdeutschen in der Kulunda-Steppe ungenügend mit Büchern in ihrer Muttersprache versorgt werden. Die Sprache der Zeitung sei einfach, zugänglich und entspreche den Normen der deutschen Literatursprache.

Was den Redaktionsbestand der „Roten Fahne“ betraf, so wurden die Journalisten als fachkundige und treue Kommunisten eingeschätzt, die den örtlichen Parteiorganen noch mehr Hilfe bei der kommunistischen Erziehung der Sowjetdeutschen leisten könnten. Die Kollegen aus dem „Neuen Leben“ äußerten ihre Bereitschaft,

alle drei Monate Übersichten der „Roten Fahne“ für das Altaier Region-Parteikomitee zu machen sowie diese Übersichten im „Neuen Leben“ regelmäßig zu veröffentlichen.

Besonders kritisch und detailliert war die Übersicht der Ausgaben der „Roten Fahne“ von August 1971 bis Februar 1972, erstellt im Auftrag der Parteibehörden.

Der „Zensor“ beginnt seinen Bericht mit der Erinnerung an die Resolution des Büros des Altaier Region-Parteikomitees vom 26. März 1965 „Über die Rayons-, Stadt- und Betriebszeitungen“. Dort ist unter anderem folgendes zu lesen: „Die Zeitung ‚Rote Fahne‘, herausgegeben für die Rayons der Kulunda-Gruppe, ist als Organ des Slawgoroder Stadt- und Rayon-Parteikomitees, des Stadt- und Rayonsowjets der Deputierten der Werktätigen zu halten“.

Trotz der Verweise des Regionsparteikomitees und des Slawgoroder Stadtparteikomitees hätte die Redaktion der „Roten Fahne“ die Zeitung im Jahre 1972, auch in Rayons außerhalb der Kulunda-Gruppe verbreitet. Und wie der „Zensor“ betont, waren es zum Beispiel in Bisk 283, in den Rayons Troizk 74, Rebricha 88, Kosicha 63 Abonnenten. 1970 hatte die Redaktion 219 Zeitungsexemplaren an Abonnenten, die außerhalb der Region Altai wohnten, per Post verschickt. Damit hätte die Redaktion die Instruktionen der richtungsweisenden Organe verletzt. Der Redakteur der „Roten Fahne“ hätte die Verweise des Büros des Slawgoroder Parteikomitees nicht akzeptiert, und 1972 gingen immer noch 115 Exemplare der „Roten Fahne“ an Abonnenten in den Städten Zelinograd, Alma-Ata, Region Krasnojarsk, Kirgisische SSR, Gebiet Tscheljabinsk, Kabardino-Balkarische ASSR, Moldawisch SSR und anderen Gebieten.

Nach der kritischen Übersicht von 1971 sei die Beleuchtung der Kollektive der kommunistischen Arbeit etwas stärker geworden. Aber in der Zeitung mangle es wie zuvor an Materialien über die Betriebe der Stadt Slawgorod, in der es 1092 Abonnenten gab (fast ein Drittel der Auflage).

Die Materialien über das Parteileben, die in der Zeitung erschienen, wurden als oberflächlich eingeschätzt, selten gäbe es Berichte über die sowjetische Lebensweise. Die Schwänke, die die Zeitung regelmäßig brachte, wurden vom Zensor als Spöttelei für Spießbürger eingeschätzt. Er legte der Rezension eine Reihe von Schwänke-Übersetzungen bei.

Der „Zensor“ meinte zum Schluss seiner Übersicht, dass die „Rote Fahne“ den Parteiorganisationen des Rayons der Kulunda-Gruppe eine bedeutende Hilfe bei der Mobilisierung der deutschen Bevölkerung für die Erfüllung der Aufgaben des 24. Parteitages der KPdSU leisten könnte. Dafür wäre die weitere Umgestaltung des Arbeitsstils des Redaktionsapparats nötig: den Alltag der Werktätigen markanter widerspiegeln; die Vorbereitung zum 50. Jubiläum der UdSSR-Gründung und die Erfolge der leninischen Nationalitätenpolitik breiter beleuchten usw. (Archiv RF/ZfD).

Eine sehr positive Übersicht der „Roten Fahne“ machte Ende 1972 Ewald Katzenstein, russlanddeutscher Dichter aus Barnaul. Aber auch er war gezwungen, über die Probleme der Zeitung zu sprechen. So bemängelte er die Druckqualität der Zeitung. Diese sei auf die veraltete Ausrüstung der Slawgoroder Druckerei zurückzuführen. Katzenstein meinte, es wäre an der Zeit, sich um den journalistischen Nachwuchs der Zeitung zu kümmern. Das Durchschnittsalter der Journalisten sei über 50 Jahren. Es wäre nötig, Jungjournalisten aus der Zahl der Absolventen der Schulen, die Deutsch gut beherrschen, an Fakultäten für Journalistik zu schicken (Archiv der RF/ZfD und „Altajskaja Prawda“, Nr. 293, 1972).

Kalter Krieg: „Westdeutschland als Feindbild“

Der beste Beweis für die ideologische Ausrichtung der „Roten Fahne“ waren die Berichte über Kontakte der Russlanddeutschen zur Bundesrepublik und insbesondere zum Deutschen Roten Kreuz.

Seit 1959 erschienen in der Zeitung zahlreiche Artikel über Russlanddeutsche, die von der Bundesrepublik „enttäuscht“ und in die Sowjetunion zurückgekehrt waren. Einige Leser „empörten“ sich über Postpakete vom Roten Kreuz, wieder andere äußerten ihre Treue zur Sowjetheimat und zur Partei.

„Heimat, ich bin wieder dein“, hieß der erste Artikel aus der Reihe über Andreas Hugenberger, der 1959 zu seiner Familie (die nach Sibirien verschleppt wurde, J. Sch.) „heimkehrte“ (RF, Nr. 74, 1959). Ein Jahr später brachte die „Rote Fahne“ einen Brief im Namen von Andreas Hugenberger - er selbst dürfte ihn kaum verfasst haben -, in dem er sich mit der Bitte an die Sowjetregierung wandte, den russlanddeutschen Landsleuten zu helfen, aus der Bundesrepublik in die Sowjetunion zurückzukehren (RF, Nr. 70, 1960).

Die Jahre 1959-60 kann man als Jahre des „kompromisslosen“ Kampfes der Zeitungsleute aus der „Roten Fahne“ und der Partei-(Sicherheits-) Organe gegen das Westdeutsche Rote Kreuz und gegen alle Leute, die Kontakte zu ihren Verwandten und Bekannten im Westen hatten, bezeichnen.

Am 11. Dezember 1959 veröffentlichte die russischsprachige Regionszeitung „Altaiskaja Prawda“ einen umfangreichen, aus verschiedenen Quellen recherchierten Artikel „Antwort an die Provokateure aus Bonn“, der auch in der „Roten Fahne“ nachgedruckt wurde (RF, Nr. 101, 1959) Peter Laber aus der Sowchose Ukrainski, Rayon Snamenka, bekam einen Brief vom Westdeutschen Roten Kreuz. Sie stellten die Sache so dar, als ob Peter Laber selbst beharrlich die Frage über seine Auswanderung aus der UdSSR gestellt hätte, und dass sie ihm jetzt freundlich eine Einladung schicken“, so im Artikel. Es heißt, dass Laber „über diese Provokationen entrüstet war“.

Seine Landsleute, die Dorfeinwohner, sahen den Brief als „persönliche Beleidigung“ an. Laber sollte dem Westdeutschen Roten Kreuz durch die „Altaiskaja Prawda“ eine Antwort geschrieben haben. Im Artikel wurde eine Reihe von ähnlichen Briefen erwähnt, die angeblich an die Regionszeitung geschrieben worden waren. Es wurden Otilie und Stanislaw Deis aus der Sowchose Proletarski im Altaiskij Rayon, Margaretha und Maria Bosch aus der Sowchose Plotnikowski im Rayon Kamen, Johann Martin aus Rubzowsk, Leo und Adeline Fix, Johann Dolinger, Margaretha Hyronimus, Bertha Wilhelm, Nelli Huber und Oskar Benz aus dem Rayon Tabuny sowie A. I. Mizel aus Bisk erwähnt. Diese sowie auch viele andere Leute wurden gezwungen, „entschlüssene Abfuhrer“ an ihre Verwandten und an das Westdeutsche Rote Kreuz zu schreiben.

„Lumpen aus Westdeutschland“, so hieß der Brief an die „Rote Fahne“, den Heinrich Quiring, Zimmerman im Slawgoroder „Remstroikontor“ angeblich selbst geschrieben haben soll (RF, Nr. 38-39, 1960). Das Paket aus der Bundesrepublik Deutschland habe er an der Post nicht annehmen wollen, doch der Postbeamte hätte ihn dazu gezwungen. Die Geschenke vom Deutschen Roten Kreuz seien „Lumpen“ gewesen, „kaum drei Rubel wert“. Der Artikel (Brief?) in der „Roten Fahne“ endete mit dem Satz: „Heinrich Quiring fragte uns in der Redaktion, wie man die Männer aus dem Westdeutschen Roten Kreuz zur Vernunft bringen könne, damit sie unsere Sowjetmenschen in Ruhe lassen

würden“. Derselbe Artikel (Brief?) wurde auch in der örtlichen russischsprachigen Zeitung „Snamja kommunisma“ nachgedruckt (Snamja kommunisma, Nr. 58, 1960).

Je komplizierter die Schicksale der Leute waren, die sich mit offiziellen Einrichtungen Westdeutschlands in Verbindung setzten, desto mehr propagandistische Spekulationen gab es vor Ort. Anna Buller aus der Engels-Kolchose, Rayon Snamenka, bekam einen Brief aus der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mit einem Fragebogen. „Die Ausfüllung dieses Fragebogens sollte nähere Auskunft über ihren im Zweiten Weltkrieg vermissten Sohn geben“, so im anonymen Artikel „Neue Provokation aus Bonn“ (RF, Nr. 53-54, 1960).

Vor dem Krieg hatte Anna Buller in der Ukraine gelebt, nach der deutschen Besatzung dienten angeblich zwei ihrer Söhne in der SS - einer wurde vermisst, der andere war in amerikanische Gefangenschaft geraten. Anna Buller füllte den Fragebogen aus, schickte ihn an die deutsche Botschaft und erhielt dann die Nachricht, dass ihr für den gefallenen Sohn eine Staatspension zugesprochen werde. „Die Festsetzung einer faschistischen Pension hat unter den Kolchosbauern stürmischen Protest ausgelöst“, so das Blatt (RF, Nr. 53-54, 1960). Die allgemeine Kolchosversammlung fasste den Beschluß: Anna Buller „benötigt keine Almosen der Bonner Machthaber“, die Sowjetregierung wurde gebeten, „der Bonner Regierung und ihrer Botschaft in Moskau einen entschiedenen Protest zu erklären“ (Ebenda).

Auf diese Weise und mit Veröffentlichung von solchen Artikeln und Briefen wurde die Konfrontation zwischen der neuen westlichen Demokratie und dem alten sowjetischen Totalitarsystem geschürt.

So schrieb Jakob Wiens aus Slawgorod, der ein Paket aus Westdeutschland bekam, an die „Rote Fahne“: „Ich benötige keine Almosen ... aus einem Lande, ... wo der Faschismus sein blutigeres Haupt wieder erhebt“ (RF, Nr. 46, 1960). Und weiter: „Ich kam zu dem Entschluss, das Paket zu öffnen und dessen Inhalt fotografieren zu lassen... Ich habe die Fotobilder des Paketinhalts der Redaktion der Zeitung ‚Rote Fahne‘ übergeben.“ Derselbe Brief mit denselben Fotos erschien auch in der örtlichen russischen Zeitung (Snamja kommunisma, Nr. 68, 1960).

Ähnliche Artikel und Briefe wurden bis Ende des Jahres 1960 häufig veröffentlicht (RF, Nr. 87, 1960; Nr. 91, 1960; Nr. 98-99, 1960).

Dann folgte eine Pause, die fast fünf Jahre dauerte, bis die Redaktion wieder unter großen Druck gesetzt wurde. Der damalige Chefredakteur der „Roten Fahne“, Johann Schellenberg erinnert sich: „Wir durften die Worte ‚Trudarmia‘, ‚Deutscher Rayon‘, ‚ASSR der Wolgadeutschen‘ in der Zeitung nicht erwähnen. Das bedeutete, offenen Druck zu provozieren. Man hat mich oft in die Behörden nach Barnaul eingeladen. Nach dem Erlass von 1964 gab es sofort eine Unterschriftensammlung. Man hat mich ins Büro gerufen. Petrow, KGB-General, Truschin, Sekretär des Regionspartei Komitees und Bronj, Sekretär des Slawgoroder Partei Komitees, wollten von mir eine Erklärung über die Sammlung von Unterschriften hören. Sie forderten mich auf, unseren Mitarbeiter Andreas Krämer sofort zu entlassen. Ich sagte, dass in der Zeitung kein einziges Wort erschienen ist, und außerhalb der Redaktion haben die Mitarbeiter das Recht, ihren Wunsch von der Rückkehr in die Heimat frei auszusprechen“ (Gespräch mit Johann Schellenberg vom 6. Mai 1994).

Seit 1965 erscheinen ab und zu wieder Artikel über die „Provokateure aus Bonn“, „Offene Briefe an den Bundeskanzler“ u. a. Die meisten von ihnen werden aus russischsprachigen Zeitungen, aus „Neues Leben“ (herausgegeben von „Prawda“ in Moskau) oder „Freundschaft“ (erschien seit 1966 in Zelinograd), nachgedruckt.

Unter den Maßnahmen der Redaktion „Rote Fahne“ zur Verstärkung der politischen Massensarbeit unter der deutschen Bevölkerung im Jahre 1974 stand an erster Stelle die Neuveröffentlichung von Materialien mit „Anti-Emigrationscharakter“. Dafür plante man, den Briefwechsel zwischen den Verwandten sowie die Erinnerungen der Leute, die im Ausland waren, auszunutzen (Archiv der RF/ZfD).

Solche Propaganda musste die Redaktion unter dem Druck der Behörden auch nach 1975 betreiben. Das beweisen der Inhalt der „Roten Fahne“ und die Kopien der Berichte des damaligen Chefredakteurs Rudolf Erhardt an die örtlichen Machtorgane. Er war auch fast der einzige Journalist, dem es erlaubt war, sich mit Ausländern, die nach Slawgorod kamen, zu unterhalten. In der Übersicht, die ein Hochschullehrer im Auftrag des Regionspartei Komitees vorbereitete („Rote Fahne“ im April-November 1984), wurden die Artikel über russlanddeutsche Emigranten (darunter auch Berichte von R. Erhardt) als „zweideutig“ und „nicht überzeugend“ kritisiert (Archiv RF/ZfD).

Einer der letzten Berichte über das „Anti-Emigrationsthema“ umfasst den Zeitabschnitt für das Jahr 1987 und das erste Quartal des Jahres 1988. Nach Angaben des Chefredakteurs wurden damals 15 Artikel, die dem „Anti-Emigrationsthema“ gewidmet waren, veröffentlicht (Ebenda).

Nach 1990 verschwindet das „Anti-Emigrationsthema“ völlig von den Seiten der „Roten Fahne“. Es werden mehr Artikel veröffentlicht, die dem Leser ein klares Deutschlandbild, eine wahrheitsgetreue Vorstellung über den Alltag der Aussiedler geben sollten. Das waren und sind selbstrecherchierte Artikel (die Journalisten bekamen die Möglichkeit, Deutschland zu besuchen) oder Meldungen und Berichte deutscher Presseagenturen (sie wurden und werden noch kostenlos an die Redaktion geliefert).

Ein Themenbereich, in welchem die „Rote Fahne“ der Partei dienen musste, war die antireligiöse Propaganda. Besonders stark war sie in den Jahren 1957-1960 vertreten. Dann begann eine Art „Taufwetter“. 1969 setzte die Plenartagung des Slawgoroder Rayon-Partei Komitees die Aufgabe, „die antireligiöse Aufklärungsarbeit zu verstärken“, auf die Tagesordnung.

Aber erst nach 1975 wurde sie tatsächlich verstärkt. Die Rubrik „Die Religion ist Opium für das Volk (Karl Marx)“ wurde von da an pünktlich jeden Monat gebracht. Nach einigen Jahren verwandelte sich die antireligiöse Seite in eine atheistische unter dem Titel „Wissen ist Macht“, bis sie 1989 spurlos verschwand. Erst 1990 kam die Seite „Welt des Glaubens“ an die Reihe, die für Christen und Atheisten positive Artikel und Berichte über Religion, Christentum und den Alltag der kirchlichen Gemeinden in Russland bringt.

Sorge um die deutsche Sprache

Die Redaktionen der „Arbeit“ und der „Roten Fahne“ waren die einzigen Institutionen in der Altairegion, die sich im Laufe von Jahrzehnten in enger Zusammenarbeit mit ihren aktiven Lesern für die Pflege der deutschen Sprache und Kultur zielgerecht einsetzten.

Schon kurz nach der Gründung der „Arbeit“ begannen die Leser, Fragen zur Befriedigung ihrer nationalen Bedürfnisse (z. B. zum Stand der deutschsprachigen Literatur) zu stellen. „Kein Buch in deutscher Sprache in Salessowo“, klagt im März 1956 der Leser Woldemar Spaar. Der Bücherbestand der Rayonbibliothek zählte 17206 Exemplare in Russisch und kein

einziges in Deutsch. Gleichzeitig waren von den 1056 ständigen Lesern viele Deutsche (Arbeit, Nr. 27, 1956).

Am 10. Juni 1956 wurde auf der Leserkonferenz im Rayonzentrum Sorokino von den Teilnehmern der Appell „Jeder deutschen Familie - die deutsche Zeitung“ verabschiedet. Und schon stieg im Dezember 1956 die Auflage der „Arbeit“ bis auf 7400 Exemplare.

Eine wesentliche Rolle spielten die Leserkonferenzen auch bei der „Roten Fahne“. Sie erlaubten den Zeitungsleuten, sich auf die Meinung des Volkes zu berufen. Vom 15. bis 27. August 1958 tagte in Slawgorod die Konferenz der Lehrer des Rayons. „Es wurde der Wunsch geäußert, die deutsche Sprache in unseren deutschen Dörfern als Muttersprache zu unterrichten“, berichtet die „Rote Fahne“ (Nr. 69, 1958). Die Lehrer klagten über den Mangel an deutscher Kinderliteratur und an Lehrbüchern für den Deutschunterricht.

Nach der Anordnung Nr. 130 des Bildungsministers der RSFSR vom 9. April 1957, „Über die Organisation des Unterrichts der Muttersprache für Kinder und erwachsene Bevölkerung deutscher Nationalität“ waren die Bildungsministerien der Autonomen Republiken und die Leiter der Regions- und Gebietsabteilungen für Volksbildung verpflichtet, mit dem Beginn des Schuljahres 1957-58 in den Schulen, wo eine bedeutende Zahl Schüler Deutsche sind, nach dem Wunsch der Eltern ab der 1. Klasse die Muttersprache als Sonderfach nach einem besonderen Programm zu unterrichten. In den Schulen, in denen alle Fächer in Deutsch unterrichtet werden, sollte das Russische von der 2. Klasse an eingeführt werden.

Die Leserkonferenz der „Roten Fahne“ im April 1959 im Dorf Slawgorodskoje versammelte 300 Teilnehmer. Das Programm sah auch den Verkauf deutscher Bücher vor; der Chefredakteur der „Roten Fahne“, Peter Mai, verlas einen Bericht, es wurde über den Unterricht der deutschen Muttersprache in der Grundschule diskutiert. „Der Sowchosarbeiter Genosse Dandörfer sagte, dass in den Anfangsklassen der Mittelschule von Slawgorodskoje 35 bis 40 Prozent sowjetdeutsche Kinder lernen und bis jetzt der Unterricht in deutscher Sprache nach dem erweiterten Programm nicht geführt wird“, so die „Rote Fahne“ (Nr. 33, 1959). Sein Vorschlag - in der Stadt Klassen zu bilden, in denen mit dem Beginn des neuen Schuljahres Deutsch unterrichtet werden sollte - wurde „einmütig unterstützt“. Die Teilnehmer der Konferenz riefen alle Deutschen auf, die „Rote

Fahne“ zu abonnieren. Ihnen wurden ein Konzert von Laienkünstlern aus der Pädschule und ein deutscher Spielfilm angeboten.

Einige Jahre später schlug die „Rote Fahne“ der Leitung der Slawgoroder Mittelschule wiederholt vor, Deutsch als Muttersprache zu unterrichten. Darauf antwortete der (jetzt schon ehemalige) Vorsitzende des Rayon-Exekutivkomitees V. Birjukin der Sitzung des Büros des Stadtkomitees der KPdSU: „Schellenberg (der damalige Chefredakteur der ‚Roten Fahne‘) will unsere Kinder germanisieren“ (Altajskaja Prawda, Nr. 183, 1988).

Besonders viel Aufmerksamkeit schenkte die „Rote Fahne“ dem Schulleben und dem Deutschunterricht. Es gab scharfe Kritik, z. B. , dass der Deutschlehrer in Snamenka in der Deutschstunde „leider in russischer Sprache“ spricht (RF, Nr. 92, 1959). Im Jahre 1960 gab es im Rayon Snamenka 24 Gruppen der 2. -4. Klassen, in denen 652 „sowjetdeutsche“ Kinder Deutschunterricht nach dem erweiterten Programm bekamen (RF, Nr. 18, 1960). Aber der Stundenplan war so zusammengestellt, dass Deutsch oft nach „Sportunterricht und Werkunterricht“ folgte, wenn die Schüler schon sehr müde oder aufgeregert waren. In den Schulen des Rayons fehlten sieben Deutschlehrer, statt ihrer waren Absolventen der Mittelschule oder solche Lehrer tätig, die „die deutsche Sprache mangelhaft oder überhaupt nicht beherrschen“ (Ebenda).

Am 23. April 1966 veröffentlichte die „Rote Fahne“ (Nr. 33) einen Leserbrief von W. Marder aus Gjadzen, Rayon Blagoweschtschenka, unter dem Titel „Sorgen- oder Stiefkind?“ Der Leser berichtete:

„... Die örtlichen Volksbildungsorgane werden verpflichtet, in den Siedlungen mit vorwiegend sowjetdeutscher Bevölkerung auf Wunsch der Eltern den Deutschunterricht nach erweitertem Lehrplan von der 2. Klasse an einzuführen...

Soweit eine Verordnung des Ministeriums für Volksbildung der RSFSR, die bedeutet, dass Deutsch als Muttersprache in allen Schulen unterrichtet werden muss, wo es zehn oder mehr Eltern gibt, die es wünschen, dass ihre Kinder die deutsche Muttersprache erlernen.

Daraufhin setzten viele deutsche Eltern ihren Wunsch durch: in vielen Schulen wurde Deutsch als Muttersprache eingeführt. Es kostete Geduld und Ausdauer, es mussten unzählige Schwierigkeiten überwunden werden, stellenweise auch ein halsstarriges Entgegenwirken

von Seiten einzelner Schuldirektoren und Leiter der Volksbildungsorgane. Aber immerhin: Die Anzahl der Schuten mit dem muttersprachlichen Deutschunterricht wuchs.

Auch in der Schule von Gljaden wurde vor acht Jahren der Deutschunterricht nach erweitertem Lehrplan eingeführt. Die sowjetdeutschen Eltern waren sehr zufrieden, dass ihre Kinder nun nebst der russischen Sprache auch die Muttersprache erlernten. Das ging aber Genosse Prichodjko, dem Schuldirektor, und einigen Lehrern, die mit dem Deutschunterricht in den Anfangsklassen gar nichts zu tun haben, wider den Strich.

Wo nur immer möglich, wurde den Eltern vorgemacht, für die Kinder sei es zu schwer, Deutsch als Muttersprache zu erlernen, dieser Unterricht sei ein perspektivloses Unterfangen, in den Oberstufe könne er sowieso nicht weitergeführt werden, weil man in den Anfangsschulen der übrigen drei Brigadesiedlungen Deutsch nicht unterrichtet, usw. Das Ergebnis ihrer Wühlarbeit war, dass man sich im vorigen Sommer an das Regionsamt für Volksbildung wandte und bat, den Deutschunterricht nach erweitertem Lehrplan im neuen Schuljahr abzuändern.

Das Regionsamt schickte den Brief nach Blagoweschtschenka an die Rayonabteilung für Volksbildung. Genosse Smerdow, der Leiter dieser Volksbildungsabteilung, beriet sich mit Prichodjko, und man beraumte extra eine Elternversammlung an, um darüber einen entsprechenden Beschluss abzufassen. Eingeladen wurden zu dieser Versammlung nicht nur die deutschen Eltern, sondern auch die Eltern von russischen Kindern. Wiederum legte man ihnen ans Herz, dass es gar keinen Zweck habe, den muttersprachlichen Deutschunterricht in der Gljadener Schule fortzusetzen.

Nun hatten Smerdow und Prichodjko ihr Ziel erreicht. Die Mehrheit der Eltern stimmte daher für die Abänderung des muttersprachlichen Deutschunterrichts. Jene Eltern, die verlangten, dass ihre Kinder die deutsche Muttersprache erlernen, blieben in der Minderheit. Der Beschluss wurde unverzüglich von der Rayonabteilung für Volksbildung bestätigt und der muttersprachliche Deutschunterricht nach erweitertem Lehrplan sofort abgeändert. Und niemand fand sich, der den Genossen Smerdow und Prichodjko klarmachte, dass sie durch ihre Dienstbeflissenheit in manchen Elternherzen eine Wunde schlugen, dass sie mit ihrem Auftritt gegen den muttersprachlichen Deutschunterricht die Unterweisungen des Ministeriums

für Volksbildung schlechtweg ignorierten, der Politik unserer Partei und Regierung zuwiderhandelten. Was meint nun dazu das Rayon-Parteikomitee von Blagoweschtschenka?"

Dieser Leserbrief wurde von der Redaktion ins Russische übersetzt und an die Volksbildungsabteilung der Region geschickt, die die Übersetzung an den Vorsitzenden des Blagoweschtschenkaer Rayon-Exekutivkomitees und an den Leiter der Rayon-Volksbildungsabteilung mit einem Begleitbrief vom 16. Mai 1966 weiterleitete. Eine Kopie des Begleitbriefes traf auch bei der RF-Redaktion ein. Man erinnerte die Beamten in Blagoweschtschenka, dass sich die Regionsvolksbildungsabteilung im Sommer 1965 zweimal an sie gewendet und in der Frage des Unterrichts der deutschen Muttersprache für deutsche Kinder in der Mittelschule Gljaden zurechtzufinden geklärt habe. „Es scheint, dass ein Teil der Eltern mit der Abschaffung des Deutschunterrichts in den Anfangsklassen unzufrieden geblieben ist“, so im Begleitbrief. Es wurde vorgeschlagen, noch einmal mit den deutschen Eltern zu sprechen und aufgrund ihrer Meinung eine Entscheidung zu treffen. Es sei auch notwendig, nachzuprüfen, ob der Schuldirektor Prichodjko und die Lehrer den Eltern nicht araten, dass der Unterricht der Muttersprache ihre Kinder überlastet. Eine Antwort wollte die Regionsvolksbildungsabteilung spätestens bis zum 1. Juni haben (Archiv der RF/ZfD).

Eine Antwort aus dem Rayon-Exekutivkomitee hatte die Regionsvolksbildungsabteilung nie erhalten. Nur der Leiter der Rayon-Volksbildungsabteilung antwortete am 6. Juni 1966, dass es ein spezielles Gespräch mit den Schuldirektoren der deutschen Dörfern gab, die sich für die Eröffnung von Gruppen des verlängerten täglichen Unterrichts in den Schulen Gljaden 2,3,4, Jelisawetgrad und Tatjanowka entschieden hatten. Darauf die Regionsvolksbildungsabteilung in einem Schreiben vom 15. Juni 1966 an das Rayon-Parteikomitee von Blagoweschtschenka: So eine Antwort könne weder die Regionsvolksbildungsabteilung, noch die Redaktion der „Roten Fahne“, noch die Eltern und Kinder in Gljaden, Jelisawetgrad und Tatjanowka befriedigen.

Die Antwort des Rayon-Parteikomitees folgte am 4. August 1966. Es sei, wie schon früher der Leiter der Rayon-Volksbildungsabteilung mitgeteilt hatte, eine Versammlung der Eltern in Gljaden durchgeführt worden, wo sich die Eltern gegen den Deutschunterricht ab der 2. Klasse äußerten. An der Versammlung nahmen sowohl deutsche als auch russische Eltern teil.

Am 3. Juni beschloss das Rayon-Exekutivkomitee, den Deutschunterricht in der Mittelschule Gljaden ab der 2. Klasse einzustellen. Laut Rayon-Parteikomitee seien die Gründe dafür: Deutsch ab der 2. Klasse hatte man nur in der Mittelschule Gljaden unterrichtet, in den Grundschulen in Gljaden 1, 2 und 3 hingegen wurde nie Deutsch unterrichtet, die Kinder hätten keine Möglichkeit, dann in der Mittelschule weiter zu lernen; es fehlten Lehrprogramme und Bücher für den Deutschunterricht in der 5. Klasse. Als Lösung dieses Problems schlug die Zeitung der Rayon-Volksbildungsabteilung vor, in den Grundschulen Gruppen für zusätzlichen Deutschunterricht einzuführen, aber dafür fehlten angeblich qualifizierte Deutschlehrer (Archiv der RF/ZfD).

Am 21. Juni 1966 schickte die Leitung der Abteilung für Volksbildung des Rayon-Exekutivkomitees von Blagoweschtschenka eine Antwort an die Redaktionen „Neues Leben“ und „Rote Fahne“ (die Kopien wurden an das Rayon-Parteikomitee und Rayon-Exekutivkomitee sowie an die Regionsabteilung für Volksbildung gerichtet), dass die Information „Ungerechte Entscheidung“, veröffentlicht in der „Roten Fahne“ am 23. April 1966, von den Direktoren der Schulen des Rayons besprochen wurde. Die Direktoren der Schulen der Dörfer Gljaden 1, 2, 3 und 4 seien streng gewarnt worden... Die Volksbildungsabteilung versuchte zu erklären, dass die deutsche Sprache nur in der Mittelschule von Gljaden unterrichtet wurde; in den Grundschulen des Dorfsowjets, aus welchen die Schüler der 5. Klasse in die Mittelschule kamen, wurde Deutsch mangels qualifizierten Personals nicht unterrichtet. Als Ergebnis hatten die Kinder bekanntermaßen Schwierigkeiten bei dem Lernen der deutschen Sprache in den 5. Klassen. 1965 wurde auf Grund der Entscheidung der Elternversammlung der Unterricht in deutscher Sprache ab der 2. Klasse in der Mittelschule von Gljaden abgeschafft.

Weiter folgte, dass die Volksbildungsabteilung Maßnahmen unternehme, um die Schulen des Dorfsowjets Gljaden mit qualifiziertem Personal zu versorgen (Archiv der RF/ZfD).

In der Schule von Serebropol, Rayon Kulunda, fand am 15. Mai 1966 eine Versammlung der Eltern, deren Kinder in den Anfangsklassen lernten, statt. Obwohl über den muttersprachlichen Deutschunterricht entschieden werden sollte, wurden auch die Eltern anderer Nationalitäten zur Versammlung gerufen. Nach der Versammlung verfassten die Eltern Rische, Malsam und Böhrler eine Klage, die sie an die

Redaktionen von „Rote Fahne“ und „Neues Leben“ abschickten.

„Die Lehrer der Anfangsklassen suchten uns zu beweisen, dass es für unsere Kinder besser wäre, wenn sie ihre Muttersprache nicht lernen (?) Sie behaupteten, für zurückbleibende Schüler sei das ‚ganz unmöglich‘ und sogar gute Schüler lernten deswegen schlechter. Unsere Kinder mussten sich länger in der Schule aufhalten als ihre Kameraden, sie wurden in der Mittelstufe weniger Russischstunden haben (?), und es werde ihnen also schwerer fallen, an der Hochschule zu studieren, im Fach Muttersprache fänden zwei, im Fach Fremdsprache aber nur ein Examen statt und dergleichen mehr.

Eltern, die gegen solche ‚Argumente‘ Einwendungen machten, wurden grob angefahren. Man forderte jeden von uns auf, durch seine ‚persönliche Unterschrift‘ zu ‚bekräftigen‘, ob er wünsche, dass seine Kinder Deutsch als Muttersprache von der 2. Klasse an oder als Fremdsprache von der 5. Klasse an lernen.

Da, wie gesagt, nicht nur deutsche Eltern an der Versammlung teilnahmen und auch einige von ihnen schwankten, verzichteten viele der Anwesenden auf den muttersprachlichen Deutschunterricht. Was die Eltern der Kinder betrifft, die in der Mittelstufe lernen, so ging man von Haus zu Haus, sprach mit ihnen und versuchte, sie mit den gleichen ‚Argumenten‘ zu überzeugen, und sammelte ebenfalls Unterschriften für und gegen den muttersprachlichen Unterricht.

Ist das gut und recht? Wir wissen doch, dass diese Lehrer gegen das Schulgesetz und gegen die Anweisungen unseres Bildungsministeriums verstoßen, die es den Eltern überlassen zu entscheiden, ob ihre Kinder die Muttersprache lernen sollen oder nicht. Wir wissen auch, dass die meisten der aufgezählten ‚Argumente‘ einfach nicht den Tatsachen entsprechen.

Die Lehrer vieler Schulen haben bewiesen, dass der Unterricht der Muttersprache auf die Fortschritte in anderen Fächern nicht hemmend wirkt, sondern sie sogar fördert. Wir wollen, dass unsere Kinder sowohl die deutsche als auch die russische Sprache gründlich erlernen. Das wird ihnen, wo immer sie arbeiten werden, nur nützlich sein“.

Diese Klage wurde von den Redaktionen an die Regionsabteilung für Volksbildung nach Barnaul weitergeleitet. Am 2. Juni 1966 schickte N. Ustenko, Leiter der Volksbildungsabteilung des

Altai-Regionsexekutivkomitees, ein Schreiben an alle Rayonabteilungen für Volksbildung sowie an die beiden deutschen Zeitungen:

„In der Abteilung Volksbildung des Altai-Regionsexekutivkomitees sowie in den Redaktionen ‚Neues Leben‘ und ‚Rote Fahne‘ sind Beschwerden darüber eingetroffen, dass Leiter und Lehrer mancher deutschen Schulen im Altai die nationale Politik unserer Partei und Regierung entstellen und die Eltern überreden wollen, auf den Unterricht der deutschen Muttersprache für ihre Kinder zu verzichten. Sie sagen den Eltern, der Unterricht dieses Faches belaste die Schüler und hindere sie daran, das Programm der anderen Fächer zu bewältigen.

Nach einer solchen ‚Vorarbeit‘ werden Elternversammlungen abgehalten, an denen auch Eltern nichtdeutscher Nationalität teilnehmen, damit die Mehrheit gegen den Unterricht der deutschen Muttersprache in den Anfangsklassen stimme.

Eltern deutscher Nationalität, die für den Unterricht der Muttersprache sind, bleiben in der Minderheit und äußern in Briefen an die Regionsabteilung für Volksbildung und an die sowjetdeutschen Zeitungen ihre berechnete Unzufriedenheit.

Die Regionsabteilung für Volksbildung forderte von den Rayonabteilungen für Volksbildung, dass sie derartiges Vorgehen entschieden unterbinden. Sie sollen die Direktoren und Leiter deutscher Schulen zusammenschicken und ihnen kategorisch das Abhalten solcher Versammlungen verbieten, denn es geht um Schulen, wo schon seit Jahren Deutsch als Muttersprache unterrichtet wird. Solche Versammlungen dürfen nur dort abgehalten werden, wo zwar die Mehrheit der Bevölkerung deutscher Nationalität, jedoch der Unterricht der deutschen Muttersprache von der 2. Klasse an noch nicht eingeführt ist.

Sollten künftig Beschwerden darüber eintreffen, dass beliebige Mitarbeiter einer Schule mit Eltern über die Unzweckmäßigkeit des muttersprachlichen Deutschunterrichts sprechen, so wird die Regionsabteilung für Volksbildung einen Inspektor zur Prüfung der Sachlage in die betreffende Schule entsenden und die Schuldigen streng zur Verantwortung ziehen“. (Kopie im Archiv der RF/ZfD)

Am 15. September 1966 fand im Dorf Granitschnoje, Rayon Tabuny, eine Elternversammlung statt, an der sich 86 Personen beteiligten. Wie aus einer Kopie des Protokolls her-

vorgeht, teilte der Schuldirektor den Anwesenden mit, daß nach mehreren Anträgen der Eltern an höhere Behörden der muttersprachliche Deutschunterricht ab der 2. Klasse eingeführt werden soll. Es kam zu einer Diskussion. A. R. Weckerle äußerte sich gegen die Einführung der deutschen Sprache ab der 2. Klasse, weil die Kinder zu Hause nur Deutsch sprächen, die russische Sprache überhaupt nicht beherrschten, deswegen könne es auch Probleme beim Lernen geben. D. Ch. Probst meinte, sie wolle nicht, dass ihre Kinder Deutsch lernen, weil das negativ ihre Russischkenntnisse beeinflussen würde.

M. I. Grischetschkina trat gegen die Einführung der deutschen Sprache auf und „schrie, dass Ihre Kinder die Bibel nicht lesen brauchen“. Der Lehrer V. Morosow und die Eltern R. Hoffmann, N. Dolinger, S. Pilipenko, L. Koba sprachen über die Notwendigkeit der Einführung der deutschen Sprache. Die anderen Eltern, wie P. Oljtjan, E. Bauer, I. Wiebe, M. Barbie äußerten sich dagegen. Bei der Abstimmung wurde entschieden, den muttersprachlichen Deutschunterricht ab der 2. Klasse nicht einzuführen (Archiv der RF/ZfD).

Am 19. März 1970 bekam die Redaktion einen Bericht von Biruta Glebowitschute, Deutschlehrerin der Slawgoroder Pädschule, die die Situation mit dem muttersprachlichen Deutschunterricht im Rayon Tabuny beleuchtete. Sie teilte mit, dass im Rayon Tabuny die deutsche Sprache nach dem erweiterten Programm in den Grundschulen Saratowka und Choroscheje sowie in der Mittelschule Serebropol unterrichtet werde. In Serebropol werde Deutsch in der 4. Klasse nur 12 Schülern, das heißt der Hälfte der Klasse, beigebracht. Den Unterricht leitet Christina Masur, Absolventin der deutschen Abteilung der Pädschule des Jahres 1968. Nach Glebowitschute beherrsche die junge Lehrerin die Methodik des Deutschunterrichts, verwende Anschauungsmaterialien, gestalte den Unterricht lebendig mit Liedern, Spielen und Rätseln.

Die berechnete Frage, warum Deutsch nur für die Hälfte der 4. Klasse unterrichtet wird, beantwortet der Leiter der Rayon-Volksbildungsabteilung: Die übrigen Eltern hätten sich gegen den Deutschunterricht für ihre Kinder entschieden. (Glebowitschute fragte, ob denn nachgewiesen werden könne, dass die Eltern diese Einstellung geäußert hätten.) Warum wird in der Vorbereitungsklasse die deutsche Sprache überhaupt nicht unterrichtet? Im Dorf Sabawnoje sei die deutsche Sprache nur bis Mitte des Schuljahres unterrichtet worden; nachdem die Lehrerin in Schwanger-

schaftsurlaub gegangen war, wurde der Deutschunterricht völlig eingestellt.

Im Dorf Choroscheje wird Deutsch ab der 2. Klasse unterrichtet. In der 3. Klasse unterrichtet E. A. Derksen, die ein Fernstudium an der Barnauler Pädagogischen Hochschule machte. Ihre Deutschkenntnisse genügten, um die Sprache zu unterrichten. Sie sei tatkräftig und anspruchsvoll, benutze im Unterricht Schallplatten mit deutschen Texten.

In der 2. und 4. Klasse wird Deutsch von W. I. Schneider unterrichtet, die die russische Abteilung der Pädschule beendete und für den Deutschunterricht nicht geeignet sei, ihr fehlt die Methodik des Deutschunterrichts.

Glebowitschute fragte, wie man den Deutschunterricht einer Lehrerin aufbauen könne, wenn sie dafür nicht ausreichend qualifiziert sei. Nach Angaben von Glebowitschute seien 12 Absolventen der Deutschen Abteilung der Pädschule in den Rayon Tabuny geschickt worden. Und wie sei es passiert, dass die Absolventen nicht dort als Deutschlehrer eingestellt wurden, wo es nötig wäre. Das Kontrolldiktat machten die Viertklässler mit schlechten Noten. Aus dieser Situation sei es zu verstehen, warum die Kinder aus der Grundschule Choroscheje nach dem Wechsel in der Mittelschule Serebropol im Fach Deutsch nicht nachkommen.

Weiterhin fragt Glebowitschute, warum sich das Rayon-Parteikomitee und die Rayon-Volksbildungsabteilung keine Sorgen um die Situation machen. Nach Glebowitschute sei das Niveau des Deutschunterrichts in den Rayons Slawgorod und Chabary viel höher als in Tabuny. Durch die Redaktion forderte sie die betreffende Leiter auf, die Situation zu klären. Ursache für die Abschaffung des Deutschunterrichts sei ihrer Meinung nach die falsche Kaderpolitik.

Am 8. April 1971 schickte V. Poljanski, Mitarbeiter des „Neuen Lebens“ einen Brief an J. Schellenberg, RF-Chefredakteur, in dem er mitteilte, dass im März im Bildungsministerium der RSFSR die Vertreter der Altaier Volksbildungsabteilung Rechenschaft über die Lage beim Unterricht der deutschen Muttersprache abgelegt hätten. „Aus ihrer Mitteilung ist zu entnehmen, dass im Laufe der letzten Jahre lediglich in fünf Schulen der Region der muttersprachliche Deutschunterricht aufgegeben wurde. In unserer Schrift führten wir an, dass der Unterricht der deutschen Muttersprache fast zur Hälfte eingeschränkt wurde, wobei wir uns

auf Ihren Brief beriefen“, so Poljanski. Er bat Schellenberg, „nun unbedingt eine Bestätigung der angegebenen Zahlen... mit folgenden Angaben schleunigst zukommen zu lassen: genau in welchen Schulen der Unterricht der deutschen Muttersprache in den letzten 4-5 Jahren aufgehört hat.“ Es sei „natürlich gut“, wenn „die Gründe hierfür angegeben würden“ (Archiv RF/ZfD).

Die örtlichen Behörden kümmerten sich weder in den 50er und 60er Jahren noch 20 Jahre danach um die nationalen Probleme der Deutschen (dazu gehört auch der Deutschunterricht). In der an die Redaktion der „Roten Fahne“ gerichteten Antwort des Rayon-Parteikomitees von Rubzowsk vom 3. Januar 1983: „Als Antwort auf die Publikation von Gottfried Knaub in der Nr. 37 vom 8. Dezember 1982 ‚Ohne gebührende Aufmerksamkeit‘ teilen wir mit, dass im Rayon Rubzowsk mit den Bürgern deutscher Nationalität eine zielgerichtete politisch-erzieherische Massenarbeit durchgeführt wird. Deutsch kann in den Schulen nur als Fremdsprache unterrichtet werden, da in der RSFSR Russisch die Muttersprache ist. Sekretär des Rayonkomitees der KPdSU N. Bondarj. 30. 12. 1982“ (Archiv der RF/ZfD).

Rudolf Erhardt, Chefredakteur der „Roten Fahne“ (Schon als Komsomolaktivist schrieb Rudolf Erhardt aus dem Dorf Redkaja Dubrawa an die „Rote Fahne“: „Wenn ich manchmal von jungen Sowjetdeutschen hören muss, die deutsche Sprache sei nicht für sie, es genügt, dass sie russisch lesen und schreiben können, dann wird mir schwer ums Herz“), verfasste einen empörten Brief an den Genossen Bondarj, in dem er versuchte, dem „Parteibonzen“ zu erklären, dass die deutschen Kinder nach allen sowjetischen Gesetzen das Recht haben, Deutsch als Muttersprache zu lernen. Dieser Brief kam schließlich auf den Tisch des Sekretärs des Regionsparteikomitees Newski, der seiner Presseabteilung folgendes verordnete: „Lehrt den Redakteur der Zeitung ‚RoteFahne‘, den Genossen Erhardt, wie man mit einem ersten Sekretär des Rayon-Parteikomitees sprechen soll“ (Archiv der RF/ZfD).

Sofort danach geriet das Parteimitglied Erhardt unter noch schwereren Druck der Parteigenossen. Aber er beruhigte sich nicht. In seinem Brief vom 9. 1. 1987 an den stellvertretenden Vorsitzenden des Slawgoroder Rayon-Exekutivkomitees fordert er: „Wir wollen eine genaue Antwort über die Maßnahmen bekommen, die gegen die Personen ergriffen wurden, die schuld daran sind, dass in der Mittelschule Grischkowka der Deutschunterricht nach dem

erweiterten Programm abgeschafft wurde" (Archiv der RF/ZfD).

Die deutschsprachigen Zeitungen im Altai waren immer ein Anstoß, der bei seinen Lesern das Interesse für die deutsche Sprache und Kultur weckte und förderte. Alleine durch ihre Präsenz leisteten sie eine positive Auswirkung auf die Pflege der deutschen Sprache und Kultur. Durch verschiedene Veranstaltungen, Treffen und eine langjährige Werbearbeit entstanden enge Beziehungen zwischen den Redaktionen und der aktiven Leserschaft. Das Interesse für Informationen in Deutsch war immer hoch. Der Inhalt der Zeitungen fand einen Widerhall nicht nur unter den Lesern, sondern auch in ihren Familien- und Freundeskreisen.

Die parteitreuen Zeitungen erhoben ihre Stimmen, wenn sie das Recht auf Erlernen und Pflege der deutschen Sprache verteidigten. Die „Arbeit“ und die „Rote Fahne“ waren in erster Linie deutsch und erst dann parteitreu. Jeder Chefredakteur sowie auch die Mitarbeiter der Zeitungen waren in ihrer Tätigkeit bestrebt, die Ansprüche der Sowjet- und Parteibehörden oder einzelner Beamter, dass die sowjetische Kultur nur in russischer Sprache existieren dürfe, abzulehnen. Die Pflege des Deutschtums wurde als Aufbau einer Brücke zur deutschen Kultur und Sprache betrachtet.

Die Aktivität der Zeitungen trug bedeutend dazu bei, dass die Deutschen im Altai viel weniger als in anderen Gebieten der UdSSR assimiliert wurden. Hier besitzt die deutsche Volksgruppe eine stärker ausgeprägte nationale Identität als irgendwo sonst. Aber die Zerstreuung der Leserschaft sowie die begrenzten Möglichkeiten (als Provinzzeitungen) erlaubten der „Arbeit“ und der „Roten Fahne“ nicht, ein globales Herangehen im Bereich der Pflege der deutschen Sprache und Kultur zu verwirklichen.

Tabu-Themen werden gebrochen

Als Mitte 1986 in Moskau der Sowjetische Kulturfonds gegründet und dessen Statut in der Zentralzeitung „Sowetskaja kultura“ veröffentlicht wurde, verfassten Alexej Miller und Viktor Krieger am 10. Oktober 1986 einen Brief an die Zentralstelle des Kulturfonds und an die Redaktion (Kopie im Archiv der RF/ZfD). Sie schlugen vor, die Aufbewahrung und Entwicklung des Kulturguts aller Nationen, Völkerschaften und Nationalitätengruppen des Landes zum Hauptziel des Fonds zu erklären. Um die Wichtigkeit ihres Vorschlags zu beweisen, schilderten sie die Geschichte und Kultur der Deutschen in der

UdSSR und begründeten die Notwendigkeit eines Museums der UdSSR-Deutschen.

Aus dem Kulturfonds bekamen die Autoren überhaupt keine Antwort, aus der Redaktion der Zeitung „Sowetskaja kultura“ nur einen kurzen Dankesbrief vom 11. November 1986. Am 24. März 1987 schrieb Viktor Krieger noch einen acht Seiten starken Brief an die Redaktion der „Sowetskaja kultura“, in welchem er erneut versuchte, die Redaktion auf aktuelle kulturelle und nationale Probleme aufmerksam zu machen (Kopie im Archiv der RF/ ZfD). Auch dieser Brief wurde nicht veröffentlicht. Die Kopien der Briefe vom 10. Oktober 1986 und 24. März 1987 wurden auch an die Redaktion der „Roten Fahne“ geschickt, von den Mitarbeitern gelesen und diskutiert, aber trotzdem nicht veröffentlicht.

Am 19. Februar 1987 schickte Viktor Krieger den Beitrag „Vorschläge über die Verbesserung und Vervollkommnung des Arbeitsstils und des Inhalts der Zeitung ‚Rote Fahne‘“ an die RF-Redaktion. Außerdem schrieb er seine Meinung zu Problemen des Deutschunterrichts und sendete eine Kopie seines Briefes zu demselben Thema an das „Neue Leben“ und die „Freundschaft“ (Archiv RF/ZfD).

Krieger schlug vor, die „Rote Fahne“ als Wochenzeitung statt auf vier auf acht Seiten herauszugeben, was die Veröffentlichung von umfangreichen Artikeln oder literarischen Werken ohne Kürzungen ermöglichen würde. Es wäre, so Krieger, vernünftig, einmal monatlich eine Ausgabe in Russisch zu drucken, um einen breiteren Leserkreis mit den besten Publikationen der Zeitung bekanntzumachen oder den russischsprachigen deutschen Literaten die Möglichkeit zu geben, ihre Werke zu veröffentlichen. Krieger schlug vor, die Rayonzeitung „Rote Fahne“ in eine Regionszeitung Sibiriens (und vielleicht bis zum Ural) umzustrukturieren.

Was den Inhalt der „Roten Fahne“ betrifft, bezweifelte Krieger, ob es wirklich so notwendig wäre, immer wieder die sozialistischen Verpflichtungen der Kolchosen oder den Verlauf der Aussaat zu beleuchten. „Lohnt es sich denn, über einen Mechanisator oder über eine Melkerin zu schreiben, wenn es keine Analyse dabei gibt?“ fragte er. Seiner Meinung nach, sollte die Zeitung über zwischennationale Beziehungen berichten und die Entwicklung der Kultur der Sowjetdeutschen beleuchten. Die Bewahrung und Pflege der kulturellen Traditionen der Sowjetdeutschen wäre eine der wichtigsten Aufgaben der Journalisten. Um diese

Aufgabe zu erfüllen, sollte man die eigene Geschichte mit allen positiven und negativen Seiten kennen.

Krieger schlug vor, in der „Roten Fahne“ Rubriken einzuführen wie „Was schrieb die Zeitung (ihre Vorgängerin) vor 50 Jahren?“, „Heimatkunde“. Es wäre interessant, so Krieger, Auszüge aus Memoiren und Reisenotizen von berühmten Wanderern oder Heimatforschern, die die russlanddeutschen Kolonien besucht und beschrieben hatten, in der Zeitung nachzudrucken.

Die Materialien von V. Krieger, die in der Redaktion der „Roten Fahne“ im Februar 1987 eingetroffen waren, haben die meisten Mitarbeiter der Zeitung beeindruckt, aber nicht zum Handeln angeregt.

Anfang 1988 wendete sich - zunächst noch sehr zögerlich - auch die deutschsprachige Presse in der Provinz den nationalen Problemen zu: So sprach die „Rote Fahne“ mit der Veröffentlichung von Auszügen aus dem Roman „Der letzte Grabhügel“ von Victor Klein das Thema der Deportation der Wolgadeutschen im Jahre 1941 an (RF, Nr. 2,1988; Nr. 3, 1988). Diese Publikation wurde nach vielen Bitten der Leser Ende desselben Jahres wiederholt. Im Vorspann zum Romanauszug zitierte Woldemar Spaar zum ersten Mal in der „Roten Fahne“ den Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 29. August 1964. Dies bedeutete für die RF-Leser eine Überraschung, weil dieser Erlass vielen von ihnen unbekannt war.

Der Auszug aus dem Roman, der 1960 geschrieben war, führte den Lesern in literarischer Form die Zwangsausiedlung eines Wolgadeutschen Dorfes vor Augen. Der Hauptheld des Romans, Andreas Kinzel, erinnert sich an den 1. Weltkrieg und den Bürgerkrieg, an die Errichtung der Sowjetmacht und der Kolchosen an der Wolga... Er kann nicht begreifen, wo die Schuld der Wolgadeutschen liegt, warum sie jetzt, anno 1941, ausgesiedelt werden. Kinzel stirbt, als der Pferdezug mit den Einwohnern das Heimatdorf verlässt. Er wird in der Wehmutsteppe begraben. Am selben Tag kommt ein Kind zur Welt, ein Enkel von Andreas Kinzel. Die Eltern wollen den Neugeborenen zu Ehren des Verstorbenen „Andreas“ nennen. Aber der Beamte im ersten russischen Dorf registriert den Neugeborenen schon als Andrej.

So begann die Deportation – so begann die Assimilation.

Nach einigen Wochen wurden die ersten Leserstimmen zu Viktor Kleins Romanauszug „Der letzte Grabhügel“ veröffentlicht (RF, Nr. 10,1989):

Boris Penner aus Protasowo, Altairegion: „Ja, kaum jemand hat diesen Romanauszug mit kaltem Herzen gelesen... Besonders hart angegriffen hat er diejenigen, die die Aussiedlung miterlebt haben... Ja, es wäre höchste Zeit, die Wahrheit über das sowjetdeutsche Volk ans Tageslicht zu bringen.“

Robert Stoll aus Zellnograd: „Die Veröffentlichung des Romanauszuges von V. Klein war für mich und meine Familie eine große Überraschung. Ein prachtvolles Kunstwerk, das die Tragödie der Wolgadeutschen nach Kriegsbeginn wahrheitsgetreu widerspiegelt.“

Alexander Quindt aus dem Gebiet Aktubinsk: „... Welcher Patriotismus für die Sache von Lenins Partei und des Sowjetstaates herrschte damals (vor dem Krieg - J. Sch.) in unserem Heimatdorf! Und auf einmal der Erlaß vom 28. August 1941... Niemand wollte es wahrhaben, aber es geschah so, wie es in Kleins Stück geschildert wird...“

Wenngleich in der Redaktion Tag für Tag mehrere Briefe mit Lesermeinungen über aktuelle nationale Probleme eintrafen, wurden sie selten veröffentlicht. Es schien, dass die „Rote Fahne“ auch weiterhin die Tabu-Probleme zaghaft behandeln und die Begriffe wie „Wolgarepublik“ und „Autonomie“ vermeiden wollte. Um den Lesern mehr Informationen aus der Geschichte der Deutschen in Sibirien mitzuteilen, fand der Verfasser einen Vorwand - er schrieb einen Bericht zum 70. Jahrestag des leninschen Dekrets „Über die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche“ unter dem Titel „Auf dem Weg der Wende“ (RF, Nr. 11,1988).

Nebst den kurzen Informationen über den anti-religiösen Kampf der Sowjetmacht (Nach tendenziösen Quellen geschildert) berichtete er über die Existenz von 11 deutschen Rayons und 553 deutschen Dorfsowjets sowie der Autonomen Republik der Wolgadeutschen in den 30er Jahren.

Zur selben Zeit trafen in der Redaktion immer mehr Leserbriefe ein, die den Romanauszug „Der letzte Grabhügel“ und den Bericht „Auf dem Weg der Wende“ betrafen, und in der „Roten Fahne“ nur in Ausnahmefällen gedruckt

wurden. Die Lesermeinungen bewirkten auch positive Veränderungen in der Frage: Was und wie über die Autonomie oder andere nationale Probleme publizieren. Am 23. März 1988 erschien in der „Roten Fahne“ der Brief von Elisabeth Neufeld aus Zelinograd: „Obzwar die Begriffe ‚Umgestaltung‘ und ‚Glasnost‘ heutzutage in aller Munde sind, bezweifle ich es, ob die Journalisten des ‚Fähnchens‘ den Mut aufbringen, meinen Brief in der Zeitung zu veröffentlichen“ (RF, Nr. 24, 1988). Sie hatte den Auftritt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow auf dem Februar-Plenum (1988) verfolgt und war zum Entschluss gekommen, dass in der Sowjetunion in Fragen der Nationalitätenpolitik bei weitem nicht alle Probleme gelöst worden sind. „Nun bringe ich wie Tausende Sowjetbürger deutscher Nationalität meinen sehnlichsten Wunsch zum Ausdruck, dass in Bälde auch die Frage der Wiederherstellung der Autonomie der Sowjetdeutschen positiv geregelt wird“, so Elisabeth Neufeld.

Mit der Veröffentlichung dieses Leserbriefes wurde auch in der „Roten Fahne“ das letzte Tabu-Thema, die Forderung der UdSSR-Deutschen, ihre Autonomie wiederherzustellen, durchbrochen.

„Rote Fahne“ fördert die Autonomiebewegung

Nach und nach kamen auch in der „Roten Fahne“ immer öfter offene Stellungnahmen zum deutschen Problem zum Ausdruck. In einer Leserbrief-Übersicht der Briefabteilung des Blattes wurde resümiert (RF, Nr. 64, 1988), dass die Beiträge „Kein unlösbares Problem“ von Johann Kronewald, „Die Wurzeln der Freundschaft“ von Viktor Krieger, „Seit wann leben die Deutschen im Altai“ von Lew Malinowski, sowie die literarischen Werke wie „Der letzte Grabhügel“ von Viktor Klein, „Um Mitternacht klopfte es an der Tür“ von Georg Haffner, „Die schwarze Lokomotive“ von Maria Malsam, einen breiten Widerhall bei den RF-Lesern fanden. So schrieb Roland König aus dem Dorf Selektionnoje, Rayon Slawgorod: „Schuld an der Auswanderung der Sowjetdeutschen ist die Tatsache, dass bis auf den heutigen Tag unsere nationalen Probleme nicht geregelt sind“. Nach seiner Ansicht sei die Wiederherstellung der Autonomie das Hauptproblem (RF, Nr. 72, 1988).

Josef Schiller aus Nowotaraba, Rayon Kytmanowo, meinte: „Ich bin schon alt und brauche die Autonomie nicht mehr, diese werde ich gleich meinen noch am Leben gebliebenen

Altersgenossen wohl bald auf dem Friedhof bekommen. Doch für unsere Nachkommenschaft ist die Wiederherstellung der Autonomie die einzige Gewähr für das Aufblühen unserer nationalen Kultur“ (RF, Nr. 74, 1988).

Einen Tag früher, am 6. September 1988 war in der zentralen Zeitung „Selskaja shisnj“ ein Artikel von V. Saweljew „Die bitteren Äpfel von 1941“ erschienen, der in der „Roten Fahne“ nachgedruckt wurde (RF, Nr. 75-76, 1988). Durch Beispiele von konkreten Schicksalen der Russlanddeutschen, welche die Deportation, Arbeitsarmee, Sonderkommandantur und andere Erniedrigungen und Rechtsverletzungen erlebt hatten, machte Saweljew einen breiten russischen Leserkreis mit der Tragödie und den Problemen der Deutschen in der UdSSR vertraut. Diese Publikation wurde in deutschen Familien gelesen, von Haus zu Haus, von Familie zu Familie weitergegeben, diskutiert und gelobt.

Im Zusammenhang mit diesem Artikel schrieb Kornelius Neufeld aus Zelinograd, dass „diese erste Schwalbe zu begrüßen ist“. Und weiter: „Ich persönlich habe in der ASSR der Wolgadeutschen nicht gelebt, bin dort nie gewesen. Aber wir wussten: An der Wolga gibt es einen sowjetdeutschen Kulturherd, auf den man stolz sein kann und der als Vorbild galt. Darum kann ich nicht begreifen, dass manche Sowjetdeutsche der älteren Generation, die doch alle die Stalin-Repressalien aus eigener bitterer Erfahrung kennen, sich ablehnend gegenüber der Wiederherstellung einer Autonomie verhalten. Egal ob man an die Wolga übersiedeln möchte oder nicht - es geht um die Gerechtigkeit, und das ist ausschlaggebend. Es könnte auch einzelne Rayons geben, die autonome Rechte erhalten, so der Rayon Slawgorod, doch das schließt die Wiederherstellung der Wolgarepublik nicht aus. Nur auf diese Weise kann unsere nationale Kultur wieder zum Aufschwung kommen und sich weiterentwickeln“ (RF, Nr. 80, 1988).

In denselben Septembertagen 1988 war die Vorbereitung der 5. Delegation der Autonomiebewegung in vielen Regionen des Landes in vollem Gange.

Zum 70. Jahrestag der Autonomie der Wolgadeutschen brachte auch die „Rote Fahne“ einen großen Artikel des Verfassers über die Gründung des Gebiets der Wolgadeutschen, ihre Entwicklung zu einer Republik, über ihre Auflösung sowie den Kampf der Autonomie-Aktivisten seit 1965.

Zum Schluss enthielt dieser Jubiläumsartikel folgende optimistische Information: „Mit Genugtuung verließen die Mitglieder der 5. Delegation Moskau: Im Zentralkomitee der KPdSU teilte man ihnen offiziell mit, dass die Frage der Wiederherstellung der deutschen Autonomie gelöst worden ist 2,2 Millionen Sowjetdeutsche erhalten in nächster Zeit Ihre nationale Staatlichkeit in Form einer autonomen Republik an der Wolga“ (RF, Nr. 84, 1988). Dahinter steckten fälsche Illusionen, die bei manchen Lesern vorzeitige Freude hervorriefen: Die Gerechtigkeit schien endlich gesiegt zu haben.

„Bei diesen Zeilen besann mein Herz so stark zu klopfen, dass ich zu Baldriantropfen greifen musste. Ich las noch und nochmals und traute meinen Augen nicht“, so Paul Paulsen aus dem Gebiet Nowosibirsk an die „Rote Fahne“-Redaktion (RF, Nr. 93, 1988).

Die Ausgabe der „Roten Fahne“ vom 19. Oktober 1988 wurde vom Verfasser an alle Mitglieder der 4. und 5. Delegationen verschickt.

Seit dem Spätherbst 1988 erschienen auf den Seiten der „Roten Fahne“ regelmäßig Artikel und Leserbriefe über das Autonomie-Thema und andere nationale Probleme der Deutschen in der UdSSR.

Maria Malsam schrieb: „Ihrem Gebot nach, Herr Kohl, sei dies edelmütig und gerecht, die Familien zusammenzuführen. Aber das ist ja kein Zusammenführen, eher eine Trennung der heutigen Familien und Verwandten“.

Johann Buller teilte mit, dass im Oktober in der Lenin-Kolchose, Rayon Chabary, auf der Sitzung des Veteranenrates die Frage der Wiederherstellung der Autonomie der Wolgadeutschen erörtert, wurde: „Wir sind dagegen, in die ASSR der Wolgadeutschen zu übersiedeln, wenn man schon solch eine Republik gründen wird. Dies möge ohne uns geschehen, weil wir unsere engere Heimat nie verlassen wollen. Aber wir sind einstimmig und von Herzen dafür, dass man uns Sowjetdeutsche völlig rehabilitiert ... “

Georg Haffner meinte, dass die Auswanderung der Deutschen aus der Sowjetunion mit dem Autonomie-Problem verbunden ist. „... Solange den Sowjetdeutschen die Autonomie nicht gegeben wird, werden sie fahren, und noch in größerem Umfang“.

Rudolf Erhardt versuchte einerseits, „die Ideologen des Westens“ zu entlarven, die angeblich die Lage der Deutschen in der UdSSR ver-

fälschten, andererseits bemühte er sich, auf die Frage zu antworten: „Wird man, falls die Autonomie wiederhergestellt wird, die Deutschen dorthin oder in die BRD aussiedeln?“ Seiner Meinung nach soll die Wahl jedem selbst überlassen werden.

Auch dieser Artikel fand bei den Lesern einen starken Widerhall. So schrieb Peter Peters, Militärangehöriger aus der Region Krasnojarsk: „Den Beitrag von Rudolf Erhardt ‚Autonomie oder Aussiedlung In die BRD‘ (RF, Nr. 92) habe ich in einem Zuge durchgelesen. Wer nicht in die Bundesrepublik Deutschland ausfährt, wird in die Gebiete der gewesenen autonomen Republik der Wolgadeutschen ausgesiedelt. Diese Gerüchte sind mir bekannt. Solches grundlose Gerede ist meiner Meinung nach der Nachhall der Stalinzeit, als man ganze Völker zwangsweise umsiedelte. Um die negativen Tendenzen im öffentlichen Bewusstsein zu stoppen, was heutzutage sehr wichtig ist, sind ähnliche Publikationen, wenn möglich, in jeder Zeitungsnummer zu bringen“ (RF, Nr. 99,1988).

Der „Rote Fahne“-Klub und seine Aktivitäten

Am 9. Dezember 1988 wurde in Slawgorod ein „Rote Fahne“-Klub gegründet. Aktive Leser der Zeitung, ehrenamtliche Korrespondenten und Deutschlehrer kamen auf Initiative und Einladung der RF-Mitarbeiter im Redaktionsgebäude zusammen. Sie konnten sich die Schautafel „... mein Mutterland, bist mir so traut... “ und die Ausstellung der sowjetdeutschen Literatur „Zweig eines Baumes“ - vorbereitet von den Redaktionsmitarbeitern, ansehen. Den Bücherfreunden stand eine Bücherauswahl aus der Redaktionsbibliothek zur Verfügung, und jeder konnte sich ein Buch in Deutsch ausleihen.

Auf der ersten Klubsitzung sprach Rudolf Erhardt über die Aufgaben und Möglichkeiten des Leserklub, betonte die Notwendigkeit einer großangelegten Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung, die der neugegründete Klub leisten könnte. Der Verfasser gewährte den Versammelten einen Einblick in die Arbeit der 5. Delegation der Sowjetdeutschen in Moskau. Nach diesem ausführlichen Bericht entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Viele von den Anwesenden meldeten sich zu Wort. Roland König aus Selektionnoje erzählte über seine jüngste Reise in das Wolga-Gebiet. Andreas Krämer aus Slawgorod meinte, dass erst dann, wenn die Staatlichkeit der Sowjetdeutschen wiederhergestellt ist, von der Erhaltung der Kultur und der Muttersprache die Rede sein könne. Diesen Gedanken setzte Wera Saikowa

fort. Anna Bergen schlug vor, die Aufklärungsarbeit zu verstärken, weil sich in den Dörfern die unsinnigsten Gerüchte über die Autonomie verbreiteten. Pauline Bolger hob dies ebenfalls hervor und meinte, dass die Redaktion in die umliegenden Dörfer ausfahren müsste, um den Menschen ein vollständiges Bild von den Problemen der Sowjetdeutschen zu geben.

Anschließend wurde ein Klubvorstand gewählt. Er bestand aus Woldemar Spaar, Roland König, Maria Malsam, Erna Wolf, Josef Schleicher, Nina Paulsen, N. Schulz und J. Neufeld.

Die nächste Zusammenkunft wurde für den 6. Januar 1989 anberaumt. (Am 6. Januar 1924 proklamierte der 11. Gebietskongress in Pokrowsk - heute Engels - feierlich die ASSR der Wolgadeutschen).

Der Klub hatte ein eigenes Statut und ein Programm verabschiedet, in welchen folgende Ziele zum Ausdruck kamen: Zusammenschließung aller patriotischen Kräfte der Sowjetdeutschen, Propagierung der historischen Wahrheit, Entwicklung und Stärkung eines vollwertigen nationalen Selbstbewusstseins, Unterstützung der Partei- und Sowjetorgane bei der Wiederherstellung der ASSR der Sowjetdeutschen und des nationalen Rayons... (Archiv der RF/ZfD).

Der Versuch, den Klub offiziell zu registrieren, stieß auf harte bürokratische Barrieren. Aber keine Stadtbehörden mischten sich in die Tätigkeit des Klubs ein.

An der Vorbereitung der Sitzungen nahmen die Mitarbeiter und Leser der Zeitung aktiv teil. So machte Johann Bairit, Abteilungsleiter der Redaktion, am 6. Februar, als der Klub sich zu seiner fälligen Sitzung versammelte, eine Übersicht über das Buch von Konstantin Ehrlich „Lebendiges Erbe“, das im Kasachstan-Verlag erschienen war. Er gewährte den Anwesenden einen ausführlichen Einblick in die Siedlungsgeographie und Kulturgeschichte der Deutschen in Russland und in der Sowjetunion und stellte den Werdegang der Deutschen von den Anfängen (10. Jh.) bis zur Gegenwart in einer einzigartigen Interpretation des Autors dar. Es wurde betont, dass das Buch leider eine ganz geringe Auflagenhöhe habe. Die Klubmitglieder schlugen vor, sich an den Verlag mit der Bitte zu wenden, den Band in einer zweiten Auflage herauszubringen (RF, Nr. 14, 1989).

Die Sitzungsteilnehmer wurden von Maria Malsam, ständige RF-Leserin, über die Tätigkeit mehrerer Klubs in anderen Städten informiert, die sich um die Erhaltung und Weiterentwick-

lung der deutschen Kultur und Muttersprache bemühen.

Danach sprach Natalja Bulenok, Leiterin der Abteilung für Ideologie des Stadtparteikomitees, über den Stand des muttersprachlichen Deutschunterrichts im Rayon Slawgorod. Und Andrej Epp aus Kussak berichtete an konkreten Beispielen aus seinem Dorf darüber: „Jahrelang schon wird in der Kussaker Mittelschule Deutsch als Muttersprache unterrichtet. Doch heute fällt es den Kindern bedeutend schwerer sich die Muttersprache anzueignen, als vor 10-15 Jahren. In den Familien wird immer weniger Deutsch gesprochen. Auch im Kindergarten ist man bemüht, den Kleinen vorerst die russische Sprache beizubringen. Und wenn sie dann zur Schule kommen, muss man mit den meisten buchstäblich von vorn beginnen. Wo ist der Ausweg? Man könnte mit dem Deutschunterricht schon im Kindergarten anfangen. Da müssen die Erzieherinnen aber ein Programm sowie gewisse methodische Hinweise haben. Was die deutsche Laienkunst anbetrifft, so wirkt in Kussak die Folkloregruppe ‚Nachtigall‘. Die Vortragskunst der Laienspieler ist bereits weit und breit bekannt“, so der RF-Bericht (Nr. 14, 1989).

Weiter ergriff das Wort Biruta Glebowitschute, Deutschlehrerin der Slawgoroder Pädsschule. Sie berichtete kurz über die Lage der nationalen Schulen in der Region: „Wie bekannt, leben im Altai 125000 Deutsche, was 5 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmacht. Die Altaier bilden nur 3 Prozent der Bevölkerung. Aber es gibt 96 altaische nationale Schulen und nur 21 Schulen mit muttersprachlichem Deutschunterricht, in denen etwa 5000 Schüler lernen. Besorgniserregend ist auch, dass die Zahl solcher Schulen immer geringer wird...“

Der sowjetdeutsche Dichter und Chef vom Dienst der RF Woldemar Spaar betonte ebenfalls, dass es sehr wichtig sei, mit dem Sprachunterricht möglichst früher zu beginnen. Woldemar Spaar ging unter anderem auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Autonomie ein. Erst dann, wenn die Deutschen ihre Staatlichkeit erhielten, könnten sie weiter als Volk bestehen. Anschließend trug er einige Schwanke sowjetdeutscher Autoren vor.

Eine der Sitzungen der RF-Klubs fand am 26. Februar im Festsaal der Slawgoroder Pädsschule statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Themen: die Geschichte des Deutschen nationalen Rayons; die bevorstehende Gründungskonferenz der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen in Moskau; die Woche der sowjet-

deutschen Dramaturgie in Temirtau; der Besuch der Folkloregruppe „Nachtigall“. Diese Tagesordnung veranschaulicht, wie inhaltlich reich, mannigfaltig und interessant die Klubsitzungen waren, die sich schnell zu echten Treffen der breiten deutschen Öffentlichkeit entwickelten.

Auf der nächsten RF-Klubsitzung am 24. März wurden die Anwesenden mit den traditionellen deutschen Frühlingsfesten und Volksbräuchen der Vergangenheit und Gegenwart bekannt gemacht. Es gab einen Bericht über das Treffen der Vertreter des Koordinationszentrums der Sowjetdeutschen mit A. E. Woß, dem Vorsitzenden des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, das am 1. März 1989 in Moskau stattgefunden hatte.

Am 24. März erarbeiteten die Teilnehmer der Klubsitzung auch die Aufträge und Vorschläge für die Gründungskonferenz der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen am 29. März in Moskau. Als Delegierte wurden der Verfasser (mit entscheidendem Stimmrecht), Andreas Krämer und Woldemar Spaar (beide mit beratendem Stimmrecht) gewählt.

Nach der Rückkehr aus Moskau nutzen die Teilnehmer der Gründungskonferenz jede Möglichkeit um die Landsleute vor Ort über den Verlauf der Konferenz und ihre Ergebnisse zu informieren.

Am 8. April brachte die „Rote Fahne“ eine Meldung über die Gründungskonferenz, am 15. April einen ausführlichen Bericht mit Fotos vom Verfasser und die Eindrücke von Andreas Krämer. Die beiden gaben der Regionszeitung „Altajskaja Prawda“ ein Interview (Nr. 95, 1989), so dass auch die russischsprachige Leserschaft informiert wurde. Woldemar Spaar, der dritte Konferenzteilnehmer aus Slawgorod, schrieb eine interessante Skizze über diese Gründungskonferenz und ihre Teilnehmer (RF, Nr. 38, 1989). Alle drei griffen nicht nur zur Feder, sondern traten auch mit aktuellen Informationen vor den Teilnehmern der Sitzung des Klubs „Rote Fahne“ am 23. April auf.

Am 11. Mai 1989 wandte sich der Rat des Slawgoroder internationalen Klubs „Rote Fahne“ an Filipp Popow, Volksdeputierter der UdSSR von der Altairegion, mit einem Brief, der die Hoffnung der Klubmitglieder zu m Ausdruck brachte, dass der Kongress nebst den allgemeingültigen Fragen auch die zwischennationalen Fragen, darunter die nationalen Probleme der Sowjetdeutschen, zur vollen Geltung kommen lässt. Im Brief wurde unter anderem her-

vorgehoben, dass „die Wiederherstellung der Autonomie an der Wolga der einzig richtige Weg zur Rehabilitierung der zwei Millionen Sowjetdeutschen ist“, und dass „diese Maßnahme zweifelsohne helfen wird, Tausenden und Aber-tausenden Sowjetbürgern aktiv in der Umgestaltung einzubeziehen, sowie den emigrationsgestimmten Teil der Bevölkerung zurückzuhalten“ (Kopie im RF/ZfD-Archiv).

Erst am 19. Juni 1989, nach dem Kongress der Volksdeputierten, erhielt die Redaktion eine Antwort von Filipp Popow, die in der „Roten Fahne“ am 12. Juli veröffentlicht wurde: „Werte Genossen! Das in Eurem Brief aufgeworfene Problem wurde auf dem Kongress der Volksdeputierten der UdSSR erörtert und ist dem Obersten Sowjet der UdSSR zur weiteren Lösung übergeben worden. Das Regionskomitee der KPdSU dankt Euch für die Aufklärungsarbeit unter der sowjetdeutschen Bevölkerung des Altai, die auf einaktives Mitwirken der Sowjetdeutschen bei der Umgestaltung unserer Gesellschaft, die Erhaltung der nationalen Sprache, Kultur und Traditionen der Sowjetdeutschen in der großen Familie der Brudervölker unseres Landes abzielt. Erster Sekretär des Regionskomitees der KPdSU F. W. Popow“ (Original im RF/ZfD-Archiv).

Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins

Aber nicht der Briefwechsel mit den Behörden war in dieser Zeit das wichtigste Ereignis im Leben der Autonomieaktivisten in Slawgorod. Am 4. Juni hatten sich die Mitglieder des Slawgoroder internationalen Klubs „Rote Fahne“ in der Redaktion der Zeitung eingefunden, um eine Zweigstelle der Unionsgesellschaft „Wiedergeburt“ zu gründen. Diese sollte mit allen Mitteln dazu beitragen, die nationalen Bedürfnisse der 25000 Deutschen, die in der Stadt und im Rayon Slawgorod lebten, zu befriedigen.

Die Versammlungsteilnehmer Josef Bolz, Nina Lehmann, Andreas Krämer, Viktor Stahl, Peter Dickmann u. a. äußerten ihre Besorgnis darüber, dass die Assimilation an einem kritischen Punkt angelangt sei. Unbefriedigend stehe es um den muttersprachlichen Deutschunterricht. Das Volk verliere seine Sprache und Kultur. Podsosnowo, sagte man, sei heute eigentlich als einziges Dorf übriggeblieben, in dem man noch überall Deutsch spricht... Die Diskussion entfaltete sich zu einem heftigen Meinungsaustausch, weil sich im engen Redaktionsraum engagierte Verfechter ihrer Ideen befanden.

Als der Verfasser das Resolutionsprojekt verlas, machten die Anwesenden konkrete Vorschläge und stimmten für das Projekt. Die Resolution enthielt u. a. folgende Punkte:

„Die Versammlung gibt die Gründung der Slawgoroder Rayonorganisation der ‚Wiedergeburt‘ bekannt und wendet sich an die Vollzugskomitees des Stadt- und Rayonsowjets mit der Bitte, die Zweigstelle offiziell zu registrieren. Die Versammlung wendet sich an alle Deutschen und Bürger anderer Nationalitäten, die örtliche Organisation der ‚Wiedergeburt‘ mit ihrer Tätigkeit, die sowohl auf die Wiederherstellung der ASSR der Sowjetdeutschen an der Wolga als auch auf die Schaffung eines Deutschen Rayons, auf das Studium und die Propaganda der sowjetdeutschen Geschichte und Kultur gerichtet ist, aktiv zu unterstützen.“ (Archiv RF/ZfD).

Nebst der politischen Arbeit begann der „Wiedergeburt“-Rat auch seine organisatorische Tätigkeit: die Vorbereitung eines Treffens der Trudarmisten. In den Zeitungen „Rote Fahne“ und „Snamja kommunisma“ wurden ein Aufruf und ein Fragebogen veröffentlicht, um Angaben über die Anzahl der Trudarmisten zu ermitteln, ihre Anschriften zu erfahren sowie bekanntzugeben, dass für den 1. Juli 1989 ein Treffen anberaumt ist. Dem Appell „Trudarmisten, meldet euch!“ folgten unerwartet viele Briefe aus den Rayons Slawgorod, Tabuny, Kulunda, Blagoweschtschenka. Mehrere Tage herrschte in der Redaktion ein reges Kommen und Gehen. Ehemalige Trudarmisten brachten ausgefüllte Fragebögen, erinnerten sich an ihre Jugendjahre, erzählten über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der Trudarmee.

Am 1. Juli trafen über 300 Trudarmisten aus der Stadt und den naheliegenden Dörfern in das Kulturhaus des Radioapparaturenwerkes ein. Das mannigfaltige Programm verlief unter dem Motto „Wir alle, die schon tot, und die am Leben sind, wir alle haben Dir, O Heimat, treu gedient!“ Vor Beginn der Feier überreichte man jedem Trudarmisten eine Rose und eine Begrüßungskarte. Es gab ein kostenfreies Büfett. Die Ansager Lydia Rahnert, Tamara Kudelina und die Folkloregruppen aus Grischkowka, Redkaja Dubrawa und Kussak präsentierten ein inhaltsreiches Programm, das durch Interviews im Saal und Erinnerungen der Trudarmisten bereichert wurde. Deportation, Trudarmee, Sondersiedlung - viele Erinnerungen wurden wach. Auch die Hoffnungen auf die Wiederherstellung der Autonomie kamen zum Ausdruck, weil sich dadurch mehrere Probleme lösen ließen.

Nach diesem Trudarmistenfest, an dem auch viele junge Leute teilnahmen, wuchs das Interesse der Deutschen in der Stadt an der Tätigkeit der „Wiedergeburt“. Auch die Nachrichten, dass in anderen Regionen des Landes „Wiedergeburt“-Organisationen entstehen und in den Kampf für die Lösung der Probleme der Deutschen in der UdSSR eintreten, gaben den Leuten Mut und Elan, bei der Autonomiebewegung mitzumachen. Im Januar 1989 verfasste das Gebietskoordinationszentrum in Saratow einen Aufruf an alle Sowjetdeutschen, noch vor der Wiederherstellung der Wolgarepublik ins Wolgagebiet zurückzukehren. (Archiv RF/ZfD).

Die Einladungen des Gebietskomitees, die man in den Saratower Zeitungen (z. B. Kommunist Nr. 33, 1989) veröffentlichte, wurden vervielfältigt und an die Aktivisten der Autonomiebewegung in allen Dörfern verschickt. Die Aufrufe, an die Wolga zurückzukehren, ließ das Koordinationskomitee der Deutschen im Gebiet Saratow mehrmals veröffentlichen. Einer von ihnen erschien auch in der „Roten Fahne“.

„Keiner von den Sowjetdeutschen, der in die Autonomie fährt oder am alten Wohnort bleibt, darf sitzen und abwarten, bis die Frage in den höchsten Instanzen positiv entschieden wird“, schrieben B. Peters, K. Koppel, J. Bartuli, V. Reis, E. Herdt, J. Hermann, J. Haar, Mitglieder des Saratower Koordinationskomitees der Sowjetdeutschen (RF, Nr. 21, 1989). Sie teilten mit, „dass bereits 15 Jahre ins Land gegangen sind, seitdem es den Deutschen gestattet wurde, wieder in die ehemalige ASSR der WD zu ziehen. Zehntausende sind zur heimischen Scholle zurückgekehrt... Diese Rückkehr muss jetzt belebt werden“, so die Autoren. Sie riefen alle sowjetdeutschen Familien und Jugendlichen auf: „Kommt zu uns an die traute Wolga.“

Im Zusammenhang mit den Aufrufen aus Saratow bekam die Redaktion mehrere Briefe von Deutschen, die den Wunsch äußerten, an die Wolga zu übersiedeln. Im Laufe von einigen Monaten kamen Hunderte von Deutschen persönlich in die Redaktion, um sich mit dem Verfasser als Mitglied des Koordinationszentrums und Vertreter des höchsten Gremiums der Autonomiebewegung vor Ort über die Rückkehr an die Wolga zu beraten. Viele von ihnen folgten seinem Vorschlag, erst Gesandte an die Wolga zu schicken und nach einer gründlichen Wahl des Ansiedlungsortes und der Klärung anderer Fragen wie Wohnung und Arbeit mit der Familie überzusiedeln.

Distanzierung zur Extrempolitik der Autonomiebewegung

Aus verschiedenen Gründen wurden nicht alle Seiten des Kampfes für die Autonomie in der Zeitung beleuchtet. Einerseits, weil die „Rote Fahne“-Redaktion aus der Provinz nicht alle Ereignisse in Moskau oder in anderen Städten beobachten konnte. Andererseits steckten hinter den Publikationen oft auch politische Interessen. Zum Beispiel, informierte man die breite Öffentlichkeit selten über die inneren Konflikte und Auseinandersetzungen in der „Wiedergeburt“, um so die Einigkeit der Autonomiebewegung zu wahren. Als Teilnehmer oder auch nur Augenzeuge solcher Ereignisse, konnte man nicht immer begreifen, was dahinter stand.

Seit Oktober 1989 war beim Exekutivkomitee des Altaier Regionssowjets eine Kommission für zwischennationale Beziehungen tätig. Sie hatte zur Aufgabe, die zwischennationalen Beziehungen sowie die sozialökonomischen, kultursprachlichen wie administrativ-territorialen Probleme in der Region zu erforschen, konkrete Vorschläge für eine freie Entwicklung jeder Nation, Völkerschaft oder nationalen Minderheit auszuarbeiten und v. a. Als Kommissionsvorsitzende wurde Nadeshda Remnjowa, stellvertretende Vorsitzende des Regionsexekutivkomitees, bestimmt.

Am 29. Dezember 1989 kam es in Barnaul zu einer Sitzung dieser Kommission, deren Mitglied der Verfasser war und deren Tätigkeit er ausführlich in der „Roten Fahne“ beleuchtete.

Auf der Sitzung trat als erster Vitalij Gurow, stellvertretender Leiter der Regionsverwaltung Wirtschaftsplanung, auf. Er berichtete über die sozialökonomischen Entwicklungspläne der Altairegion für 1990. Unter anderem unterstrich er, dass heuer bei der Wirtschaftsplanung die nationalen Besonderheiten der Region größtmöglich berücksichtigt wurden, ein spezieller Abschnitt stellt das Entwicklungsprogramm des Autonomen Gebiets Hochaltai dar.

Die zweite Frage der Tagesordnung betraf die Probleme der Selbstbestimmung der Deutschen im Altai. Bekanntlich gibt es hier mehrere Rayons, in denen Deutsche kompakt wohnen. In Slawgorod sind etwa 6000, in den Rayons Slawgorod - 14300, Chabary -8000, Kulunda - 3200, Tabuny - 6400, Blagoweschtschenka - 7000 Menschen deutscher Nationalität zu Hause. Insgesamt zählt die Altairegion etwa 140000 Deutsche. Im Dezember 1988 arbeiteten in diesen Rayons Mitglieder der Kommissi-

on für zwischennationale Beziehungen, darunter I. W. Aleschkow, Lehrer der Altaier Polytechnischen Hochschule, A. N. Wolochow, Redakteur des regionalen Rundfunks, W. D. Hergenröder, Vorsitzender des Slawgoroder Rayonvollzugskomitees, A. N. Melnikow, Dozent der Altaier staatlichen Universität, R. W. Erhardt, Chefredakteur der deutschen Regionalzeitung „Rote Fahne“. Vier Rayons besuchte die Kommissionsvorsitzende N. S. Remnjowa. Es wurden die Einstellung der Einwohner zur Wiederherstellung der Autonomie der Sowjetdeutschen an der Wolga und des Deutschen Rayons im Altai wie auch die Ursachen der Emigration und Migration der deutschen Bevölkerung erforscht (RF, Nr. 13, 1990).

Die zweite Allunionskonferenz der „Wiedergeburt“ gab der Tätigkeit der örtlichen Zweigstellen neue Impulse und führte zu neuen Publikationen in deutschen und russischen Zeitungen. Am 28. Januar wurden die Ergebnisse der „Wiedergeburt“- Konferenz auf der Sitzung der Zweigstelle in Slawgorod diskutiert. Der Konferenzteilnehmer Roland König teilte den RF-Lesern seine Eindrücke und seine Einschätzung der Situation mit:

„Die allgemeine kritische Lage der Deutschen sowie der zunehmende Emigrationsstrom sind nicht allein auf globale Staatsprobleme, wie es die Wiederherstellung der Staatlichkeit eines Volkes ist, zurückzuführen. An Ort und Stelle, wo die Sowjetdeutschen kompakt leben, kommt die Sache ebenfalls nicht vom Fleck. Auch die Slawgoroder Behörden zeigen kein spürbares Interesse für die Wiedergeburt der deutschen Nationalkultur, Erhaltung der Muttersprache und letzten Endes für die Einschränkung der ansteigenden Emigration. Nach wie vor liegen Gleichgültigkeit, Unentschlossenheit und eine gewisse Angst vor der Situation auf der Hand. Besonders traurig ist dies, weil verantwortliche Posten von unseren Landsleuten V. Hergenröder, Vorsitzender des Rayonvollzugskomitees, und A. Hansen, Sekretär des Stadtparteikomitees, bekleidet werden.

Bis jetzt wird die Slawgoroder ‚Wiedergeburt‘-Zweigstelle von den örtlichen Behörden ignoriert.“ (RF Nr. 22, 1990).

Zu dieser Zeit hatte Viktor Stahl zusammen mit einigen Kolchosvorsitzenden Anträge für den Bau kleiner Verarbeitungsbetriebe in den deutschen Dörfern vorbereitet, um sie an offizielle Institutionen in Deutschland zu übergeben. Diese Anträge sowie die Vorschläge des Regionsexekutivkomitees über die Schaffung einer freien Wirtschaftszone im Altai wurden mitge-

nommen, als der Verfasser und V. Stahl nach Deutschland führen.

Im Bestand einer 33köpfigen Delegation von Aktivisten der Uniongesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt" besuchten sie unter Leitung des Vorsitzenden Heinrich Grouth in Bad Honnef bei Bonn ein Informationsseminar vom 1. bis zum 13. Juni 1990 zum Thema „Erarbeitung von kulturellen und wirtschaftlichen Förderungsmöglichkeiten für Sowjetdeutsche in ihren jeweiligen Siedlungsgebieten der UdSSR“ mit.

Viktor Stahl und der Verfasser hatten zwei Aufgaben. Die Anträge über die wirtschaftlichen Projekte der deutschen Seite zu übergeben und zu erklären, dass durch die Verwirklichung solcher Projekte im Altai die besten Bedingungen für die Wiederherstellung des Deutschen Rayons geschaffen werden können.

Zweitens versuchten die beiden zu beweisen, dass mit deutscher Hilfe die Umstrukturierung der Slawgoroder Pädagogischen Schule zu einem College möglich wäre, was für die Ausbildung der nationalen Intelligenz eine wichtige Rolle spielen würde. Das gelang ihnen in vollem Maße.

Nach der Rückkehr aus Deutschland berichtete der Verfasser am 8. Juli auf der Sitzung der Slawgoroder „Wiedergeburt“-Zweigstelle ausführlich über die Ergebnisse der Reise der „Wiedergeburt“-Delegation in die Bundesrepublik.

Am 12. -13. Juli 1990 weilte in der Stadt und im Rayon Slawgorod Heinrich Grouth. Er besuchte die Redaktion der „Roten Fahne“, traf sich mit den Mitgliedern der hiesigen „Wiedergeburt“-Zweigstelle. Er weilte auch in Nekrassowo, wo ein Treffen mit der Öffentlichkeit stattfand. Grouth informierte die Gesprächspartner über die Tätigkeit der Uniongesellschaft „Wiedergeburt“ und erkundigte sich über die Lage der Deutschen vor Ort. Während dieser Reise traf er sich mit den Deutschen in Krasnojarsk, Nowosibirsk, Barnaul, Slawgorod und Omsk. Überall wurde die Idee einer Assoziations-Kulturautonomie für die Deutschen diskutiert, was von Grouth und seinen Gesprächspartnern kritisiert wurde. „Die ‚Wiedergeburt‘ unterstützt die Hoffnungen unseres Volkes und will selbst unterstützt werden. Nur in diesem Fall kommen wir vorwärts und können unser Ziel - die Wiederherstellung unserer Staatlichkeit - erreichen, so Grouth in Slawgorod. Er rief die deutsche Bevölkerung auf, die III. Allunionskonferenz der „Wiederge-

burt“, die vom 12. bis 18. August in Moskau stattfinden sollte, zu unterstützen.

Am 28. Oktober 1990 fand in Slawgorod eine Versammlung der „Wiedergeburt“-Mitglieder statt. Unter anderem wurde ein Organisationskomitee für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum ersten Kongress der UdSSR-Deutschen gewählt, der vom 11. bis 15. Dezember in Moskau tagen sollte. Der Bestand des Organisationskomitees unter Leitung von Viktor Stahl, „Wiedergeburt“-Vorsitzender, wurde vom Präsidium des Stadtsovjets und dem Rayonvollzugskomitee bestätigt. Das Organisationskomitee hat die folgende Wahlordnung bestätigt. Die Delegierten zum ersten Kongress der UdSSR-Deutschen sollten auf einer Konferenz der deutschen Bevölkerung auf alternativer Grundlage mit geheimer Abstimmung, ein Kandidat je 100 Personen, gewählt werden. Laut den Angaben der Volkszählung von 1989 lebten in Slawgorod 7021 und im Rayon Slawgorod 15826 Bürger deutscher Nationalität. Also sollten die Stadt und der Rayon Slawgorod auf dem Kongress laut den Wahlbestimmungen mit 11 Delegierten vertreten sein (RF, Nr. 113, 1990).

Die Vorbereitung zum Kongress stand auf der Tagesordnung fast aller Sitzungen des Slawgoroder „Wiedergeburt“-Rates im November und Dezember 1990.

Um organisatorische und rechtliche Fehler bei der Wahlkampagne zu vermeiden, folgte man den Hinweisen des Organisationskomitees in Moskau, die wie andere Materialien unter der Rubrik „Dem Kongress entgegen“ in der „Zeitung für Dich“ (früher „Rote Fahne“) gedruckt wurden. Sehr wichtig war das Schreiben „Die Wahlordnung befolgen“ (ZfD, Nr. 1,1991).

In derselben Zeit machte die ZfD ihre Leser mit den Entwurfsdokumenten des Organisationskomitees zur Vorbereitung des 1. Kongress der UdSSR-Deutschen bekannt. Zum ersten Mal veröffentlichte die Zeitung Materialien in Russisch (ZfD, Nr. 7, 1991). Fast in jeder Ausgabe gab es eine Seite oder Rubrik „Dem Kongress entgegen“, auf welcher verschiedene Meinungen, Informationen und Artikel über nationale Probleme erschienen, die die deutsche Bevölkerung nicht nur informierten, sondern auch aufklärten. Die meisten Deutschen, die dem nationalen Leben nahe standen, legten große Hoffnung auf dieses Forum. Andere dagegen gerieten ins Zweifeln, weil sie für sich schon längst den Emigrationsweg gewählt hatten.

Hervorzuheben wäre ein kurzes Gespräch mit Viktor Müller, Vorsitzender der „Wiedergeburt“-Zweigstelle der Stadt Nerjungri, Jakutien, unter dem Titel „Wir brauchen die Republik wie unser tägliches Brot (ZfD, Nr. 9, 1991). In derselben Ausgabe wurden die Auftritte von Wladimir Wiegel, Ratsvorsitzender der Uljanowsker Gebietsorganisation „Wiedergeburt“; Viktor Pfanenstiel, Vorsitzender der Gebietsorganisation der „Wiedergeburt“, Aktjubinsk; Andrej Busch, Mitglied des Gebietsorganisationskomitees zur Vorbereitung des Kongresses, Semipalatinsk; Viktor Diesendorf, Mitglied des Gebietsrates der „Wiedergeburt“, Kemerowo geschildert. In der ZfD-Ausgabe Nr. 10 erschienen die Auftritte von Juri Haar, Vorsitzender des Saratower Gebietsrates der „Wiedergeburt“, Prof. Reginald Zielke, stellvertretender Vorsitzender der „Wiedergeburt“-Gesellschaft, Viktor Schott, Vorsitzender des Rates der Stadtgesellschaft „Wiedergeburt“, Togliatti, Gebiet Kuibyschew...

Die Redaktion der „Zeitung für Dich“ wendete sich mit einem „Appel an die Deutschen der Sowjetunion“:

„Liebe Landsleute!

Wir stehen vor einem denkwürdigen Ereignis. In einigen Tagen beginnt in Moskau der erste Kongreß der UdSSR-Deutschen seine Arbeit. Lange und dornig war der Weg zu diesem historischen Forum der Deutschen unseres Landes.

Nun ist es soweit. Der Kongress soll in der komplizierten Situation, in der sich unser Land befindet, das Hauptproblem - die Wiederherstellung der deutschen Autonomie an der Wolga - lösen und somit der himmelschreienden Ungerechtigkeit gegenüber den Sowjetdeutschen ein Ende bereiten.

Die antideutschen Stimmungen an der Wolga, starke Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Organisationskomitee und der „Wiedergeburt“-Leitung, die massenhafte Emigration, schwindende Hoffnungen auf die Wiederherstellung der Gerechtigkeit, das alles wird die Arbeit des bevorstehenden Kongresses sehr erschweren. Die Delegierten werden es nicht leicht bei der Lösung der Lebensfrage der Sowjetdeutschen haben. Eben deshalb müssen sich die Kongressteilnehmer stets der Verantwortung vor dem eigenen Volke bewusst sein und Toleranz üben. Sie müssen stets daran denken, dass von den Beschlüssen des Kongresses das weitere Schicksal der UdSSR-Deutschen abhängt. Der Kongress bedeutet für das Volk die letzte Hoffnung, weil er die Frage beantworten muss: Werden die Deutschen in

der UdSSR eine Autonomie haben oder nicht? Die Autonomie ist für alle Deutschen notwendig, ganz egal, wo sie in unserem Land leben. Sie würde ein Akt vollständiger Rehabilitation sein, sie würde den moralischen und materiellen Schaden wettmachen, der den Sowjetdeutschen zugefügt wurde.

Wie kann man heute unsere nationale Kultur, Literatur, Sprache, Presse, Kunst, Wissenschaft, Bildungswesen entwickeln, ohne ein konsolidierendes Zentrum zu haben? Ohne Autonomie werden wir nie eine Nation.

Der Kongress braucht unsere tatkräftige Unterstützung. In diesem für uns alle entscheidenden Augenblick muss jeder Deutsche der Sowjetunion erwachen und seine Stimme für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Volkes erheben, denn es geht um das Schicksal der Kinder und Enkel hier in der Sowjetunion. Es hängt von uns allen ab, werden wir in Zukunft als Volk bestehen oder verschwinden.

Die Zeitung für Dich fordert alle ihre Leser, Freunde und Helfer auf, ihre Stimmen für die Wiederherstellung der deutschen autonomen Republik an der Wolga zu erheben“.

Die Redaktion rief ihre Leser auf, Telegramme an das Organisationskomitee zu schicken (ZfD, Nr. 10, 1991).

Wiederherstellung des DNR: alte Denkweise dominiert

„Wir, Einwohner von Polewoje, Rayon Chabary, sind der Meinung, dass die Deutschen des Altai ihren nationalen Rayon, der 1938 aufgelöst wurde, zurückbekommen müssen. Das ist ebenso wichtig wie die Wiederherstellung der autonomen Republik an der Wolga. Dazu gibt es alle Möglichkeiten. Auf dem Territorium, wo einst der Deutsche Rayon war, sind auch heute meistens Deutsche zu Hause.

Wir sind überzeugt, dass die Wiederherstellung des Deutschen Rayons uns ermöglicht, die Muttersprache und die nationale Kultur zu erhalten. Uns beunruhigt sehr die Tatsache, dass immer mehr Sowjetdeutsche ihre Heimat verlassen und in die Bundesrepublik Deutschland auswandern. Die Wiederherstellung eines nationalen Rayons würde den Auswanderungsprozess stoppen. Natürlich wird das solche, die bereits auf den gepackten Koffern sitzen, kaum bekehren, aber jene, die sich für diesen ersten Schritt noch nicht entschieden haben, würden sich bestimmt eines Besseren besinnen.

Die Gründung eines nationalen Rayons bedeutet nicht, dass wir nun auf die russische Sprache verzichten. Das ist unsere Staatssprache, aber wir wollen die deutsche Muttersprache ebensogut beherrschen. Also müssen sie beide auf gleich hohem Niveau erlernt werden.

Mit den Schlussfolgerungen von Viktor Krieger „Über die Gründung des Deutschen Rayons (NL, Nr. 5, 1989) sind wir vollständig einverstanden und halten es für richtig, als Rayonzentrum Halbstadt (Nekrassowo) zu wählen. Diese Siedlung befindet sich in der Mitte des künftigen Rayons, hier gibt es eine Mechanisatorenschule, die ehemalige Rayonabteilung ‚Selchostchnika‘, zudem liegt Halbstadt an der Autostraße Chabery-Slawgorod.

K. HINKEL, W. MATHIES, J. KLASSEN, M. FRIESEN, M. BARKMANN (insgesamt 60 Unterschriften) - Polewoje, Rayon Chabary)“

Die Leserstimmen für den Deutschen Rayon wurden in der „Roten Fahne“ immer lauter. So schrieb Rudolf Klein aus Wolgograd: „In erster Linie muss unsere Republik an der Wolga wiederhergestellt werden und darauf auch unsere deutschen Rayons (im Altai, in Orenburg, Kasachstan und anderenorts, wo die Deutschen kompakt wohnen)“ (RF, Nr. 40, 1989).

Die Stimmen der Volksvertreter wurden auch den Regionsbehörden bekannt. Sie mussten auch ihre Stellungnahme äußern. Als die „Rote Fahne“ Viktor Samotochin, Leiter der ideologischen Abteilung des Altaier Regionspartei Komitees der KPdSU, über sein Verhalten gegenüber der Bildung von nationalen Rayons und Sowjets fragte, antwortete er, dass der Deutsche Rayon im Altai „sowohl gegründet als auch aufgelöst nach der Vorschrift von ‚oben‘ wurde“ (RF, Nr. 55, 1989). „Vor allem ist zur Zeit eine gründliche Meinungsforschung erforderlich, damit wir genau wissen, was die Leute wollen. Erst dann können wir diese komplizierte Frage zugunsten der Bevölkerung entscheiden“, so Samotochin im Juli 1989.

Während die Behörden über Meinungsforschung sprachen, war die Slawgoroder „Wiedergeburt“, mit der Vorbereitung dieser Meinungen beschäftigt. Und nicht nur durch verschiedene Veröffentlichungen, sondern auch durch Veranstaltung von Versammlungen, Treffen, Festivals. Im Rahmen des III. Unionsfestivals des Volksschaffens bereiteten die Kulturabteilung des Rayons Slawgorod und der Rat der Slawgoroder „Wiedergeburt“-Zweigstelle eine Sitzung „Am runden Tisch“ zu den Problemen der Sowjetdeutschen, ein Volksfest in

Schumanowka und eine Reihe von Konzerten vor. Am Vorabend des Festivals der sowjetdeutschen Volkskunst, das vom 3. bis zum 6. August in der Stadt und im Rayon Slawgorod stattfinden sollte, wurde auch eine politische Aktion eingeplant: eine außerordentliche Sitzung des „Wiedergeburt“-Rates.

Auf Vorschlag von Viktor Stahl und Lydia Rahner erklärte sich Heinrich Becker, Vorsitzender der Karl-Marx-Kolchose, bereit, diese Sitzung in seinem Verwaltungsgebäude zu veranstalten. Der Autor verfasste eine Einladung an die Vorsitzenden der deutschen Kolchosen des Rayons Slawgorod und Chabary und an die Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolleitung dieser Wirtschaften mit der Bitte, an der Sitzung teilzunehmen. Es sollte die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Rayons besprochen werden. Auch wurde ein Projekt des Aufrufes der Sitzungsteilnehmer an folgende Gremiententworfen: das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, den Ministerrat der UdSSR, das Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR, den Ministerrat der RSFSR, das Altaier Region-Partei Komitee der KPdSU sowie das Exekutivkomitee des Regionsrates der Volksdeputierten des Altai. Der Entwurf begründete die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Rayons, um eine wirtschaftliche Basis für die Befriedigung der sozialen und nationalen Bedürfnisse der Deutschen Bevölkerung zu schaffen (Kopien in RF/ZfD-Archiv).

Am 2. August fand in der Karl-Marx-Kolchose, Rayon Slawgorod, eine öffentliche Sitzung des Rates der Slawgoroder Zweigstelle der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“, statt. Anwesend waren Vertreter des Stadtpartei Komitees und Rayon-Vollzugskomitees Slawgorod, des Rayon-Partei Komitees und -vollzugskomitees Chabary, Dorfsowjet sowie Kolchosvorsitzende, Parteisekretäre, Gewerkschaftsleiter der Wirtschaften aus diesen Rayons.

Der Verfasser informierte als Mitglied des Koordinationszentrums der Unionsgesellschaft „Wiedergeburt“, die Anwesenden über den Bestand und die Ziele der im Nationalitätenso-wjet des Obersten Sowjets der UdSSR gebildeten Kommission für die Probleme der Sowjetdeutschen. Über die Tätigkeit der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ sprach Viktor Stahl, Vorsitzender der Slawgoroder Zweigstelle. Einen Rückblick in die Geschichte des Deutschen Rayons machte der Heimatforscher Johann Schellenberg, Mitglied des Journalistenverbandes der UdSSR. Die Notwendigkeit und die Wege der Wiederher-

stellung des Deutschen Rayons waren das Thema des darauffolgenden lebhaften Meinungsaustausches zwischen den Sitzungsteilnehmern.

Friedrich Schneider, Held der Sozialistischen Arbeit, sprach sich für die Wiederherstellung des Deutschen Rayons aus, und zwar in den ehemaligen Grenzen mit dem Zentrum in Nekrassowo (früher Halbstadt). Dieser Vorschlag wurde von Jakob Scheptenko, Direktor der Mittelschule Redkaja Dubrawa, Andreas Krämer, Mitglied des Schriftstellerverbandes der UdSSR, Josef Bolz, Parteisekretär der Lenin-Kolchose, Rayon Slawgorod, Heinrich Bekker, Vorsitzender der Karl-Marx-Kolchose, Rayon Slawgorod, Johann Windholz, Lehrer der Karagandaer Musikberufsschule, und vielen anderen unterstützt.

Heinrich Thöws, Vorsitzender des Protassowoer Dorfsowjets der Volksdeputierten, Rayon Chabary, meinte, es wäre zweckmäßig, eine Reihe von Rayons der Kulundasteppes zu einem nationalen Bezirk mit dem Zentrum in Slawgorod zu vereinen. Alexander Hansen, Sekretär des Slawgoroder Stadtparteikomitees, schlug vor, den Rayon Slawgorod in einen nationalen Rayon umzubenenen, dem sich dann die deutschen Dörfer des Rayons Chabary anschließen könnten (RP Nr. 63, 1989).

Nachdem die Sitzungsteilnehmer das Für und Wider all dieser Vorschläge gründlich erwogen hatten, wurde ein Schreiben an die Leitung der Partei und des Landes verfasst mit der Bitte, den Deutschen Rayon in den ehemaligen Grenzen mit dem Zentrum in Nekrassowo wiederherzustellen.

Über die Autonomiebewegung wurde die breite Öffentlichkeit mit Hilfe der deutschsprachigen Medien informiert. Und da tat die „Rote Fahne“ ihr Bestes. Nach dem I. Plenum des Koordinationszentrums der „Wiedergeburt“ in Moskau vom 12. bis 14. September, brachte die „Rote Fahne“ einen Bericht über dessen Verlauf und Ergebnisse (RF, Nr. 79, 1989).

Vor Ort wurde der Kampf für den Deutschen Rayon fortgesetzt, wenn er auch nicht immer reibungslos verlief. Die Seiten der „Roten Fahne“ standen für die Anhänger des Rayons immer offen. Sie forderten: „Wir brauchen den Deutschen Rayon“ und begründeten diese Forderungen aus eigenen Erfahrungen. Wie das z. B. Johann Buller machte (RF, Nr. 80, 1989), der sich ausführlich an die „trüben“ und „hellen“ Seiten der Geschichte des Rayons erinnerte, die er selbst miterlebt hatte.

„Wir brauchen den Deutschen Rayon“ - diese Forderung von Johann Buller bedeutete für die meisten Russlanddeutschen sehr viel. Daher ist es klar, dass sein Brief an die Redaktion nicht unbemerkt blieb: „Zur Zeit können wir in der Zeitung des öfteren Beiträge lesen, in denen wichtige Fragen aufgeworfen werden, darunter auch die Wiedergeburt der Deutschen Autonomie und des Deutschen Rayons. Und wenn ich ins Gespräch komme mit meinen Altersgenossen, die sich noch gut an unseren ehemaligen Deutschen Rayon erinnern, auch wenn ich mit jüngeren Leuten spreche, so wird eindeutig der Wunsch ausgesprochen: Wir wollen Deutsche bleiben, und deshalb muss man den Deutschen Rayon wiederherstellen“ (RF, Nr. 80, 1989).

Am 4. Juni 1991 bestimmte das Präsidium des Slawgoroder Rayonsowjets folgendes: „Davon ausgehend, dass nur die deutsche Bevölkerung selbst ihr Schicksal bestimmen kann, ein Referendum über die Wiederherstellung des Deutschen Rayons am 12. Juni 1991 in den deutschen Dörfern des Rayons Slawgorod durchzuführen“ (Slawgorodskije westi, Nr. 90, 1991). Am 11. Juni besprach der Rat der Slawgoroder „Wiedergeburt“-Zweigstelle den Verlauf der Versammlungen in den deutschen Dörfern Grischkowka, Schumanowka u. a., an welchen sich auch der Vorsitzende der Slawgoroder „Wiedergeburt“, Viktor Pfeifer, beteiligte. Er erklärte, dass die Wiederherstellung des Rayons im Rahmen der Republik, deren Wiederherstellung immer komplizierter wird, zu betrachten sei. Es gab Kritik an der „Wiedergeburt“, die angeblich nichts für die Wiederherstellung des Rayons tue. In Kamyschi und Podsosnowo gab es positive Meinungen über die „Wiedergeburt“, so Viktor Pfeifer (Archiv der Slawgoroder „Wiedergeburt“-Zweigstelle).

Am 12. Juni fand in den Dorfsowjets Grischkowka, Nekrassowo, Nikolajewka, Redkaja Dubrawa, Podsosnowo, Schumanowka, Engels und in der Siedlung Krasnoarmejka das Referendum statt. Von den 7834 Wahlberechtigten nahmen 6878 an den Wahlen teil, für den Deutschen Rayon stimmten 4487 (65,2 Prozent) (Slawgorodskije westi, Nr. 98, 1991). „Ja“ sagten zum Deutschen Rayon in Grischkowka - 54,3 Prozent der Einwohner; in Nekrassowo 90,6 Prozent; in Nikolajewka 63,7 Prozent; in Kamyschi 65,1 Prozent; in Krasnoarmejka 91,6; in Podsosnowo 59,7; in Schumanowka 75,6 und in Kussak 51,3 Prozent (ZfD, Nr. 24, 1991). Danach erörterte der Slawgoroder Rayonsowjet den Übergang dieser Dörfer in den Deutschen Rayon. Auch die Volksdeputierten des Altaier Regionsowjets

bestätigten die Frage der Wiederherstellung des Deutschen Rayons (ZfD, Nr. 26,1991).

Am 1. Juli 1991 unterzeichnete Boris Jelzin den Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR „Über die Gründung des Deutschen Nationalen Rayons in der Altairegion“.

Die Bildung der Verwaltungsstrukturen des Rayons war noch in Vorbereitung, als der Rat der Slawgoroder „Wiedergeburt“-Zweigstelle sich am 10. Juli 1991 entschloss, nach dem 16. Juli alle deutschen Dörfer im Rayon zu besuchen, um den Standpunkt der „Wiedergeburt“ zu erklären und neue Zweigstellen zu gründen (Archiv der Slawgoroder „Wiedergeburt“-Zweigstelle).

Am 16. Juli fand in Halbstadt (Nekrassowo) die Tagung des Rayonsowjets statt. Der Rayonsowjet wurde aus 32 Volksabgeordneten gebildet, die früher die Interessen der deutschen Dörfer, die in den Bestand des Rayons übergangen, in den Rayonsowjets Slawgorod und Chabary vertraten. Zum Vorsitzenden des Rayonsowjets wählte man Wladimir Haan, Vorsitzender der Kolchose „XXII Parteitag der KPdSU“ und Vorsitzender des Slawgoroder Rayonsowjets; zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Rayonsowjets ernannte man Josef Bernhard, ehemaliger 1. Sekretär des Rayon-Parteikomitees Chabary (ZfD, Nr. 30, 1991).

Damit begann die Strukturierung des Rayons nach dem alten Typ. Die alte Denkweise spiegelte sich auch in der Gründung einer kommunistischen Rayon-Parteorganisation wider. Ende Juli 1991 gab es im Deutschen Rayon noch 453 Mitglieder der Kommunistischen Partei (Slawgorodskije westi, Nr. 122,1991). Mitte August wählten sie ein Rayon-Parteikomitee, dessen Mitglieder auch Wladimir Haan, Vorsitzender des Rayonsowjets, und Josef Bernhardt, Vorsitzender des Exekutivkomitees, wurden (Slawgorodskije westi Nr. 133, 199). Nach einigen Tagen wurde die Tätigkeit der Rayon-Parteorganisation (wie überall im Land) eingestellt, wie es schien, ohne besonderes Bedauern von Seiten der einfachen Parteimitglieder.

Aber der Einfluss der kommunistischen Ideologie ließ sich noch lange in allen Bereichen des Lebens und der Tätigkeit der Bevölkerung und der Behörden des Rayons spüren. In Wirklichkeit kam es nicht zur Bildung einer neuen Verwaltungsstruktur, die einen Übergang zur sozialen Marktwirtschaft und der Demokratisierung sichern könnte, wie es noch 1989 die „Wiedergeburt“-Aktivisten träumten. Es kam im Rayon nie zur Gründung von „Wiedergeburt“-Zweigstellen. Die Einwirkung der „Wiedergeburt“ und der „alten“ Autonomieaktivisten auf das politische Leben des Deutschen Rayons wurde von den Behörden langsam begrenzt, bis sie ganz in Vergessenheit geriet. Die ersten Schritte der „Wiedergeburt“ im Kampfe für die Wiederherstellung des Deutschen Rayons wurden, wenn nicht verfälscht, so doch verschwiegen.

Fazit

In der Geschichte der RF/ZfD widerspiegelte sich die ganze Tragik der Russlanddeutschen in den letzten 50 Jahren: die Erwachung aus dem lethargischen Traum der Abschaffung der Sonderkommandatur und die gleichzeitige Stärkung der ideologischen Zwängen; die erste bescheidene Schritten in der Richtung des Aufbaus eines deutschsprachigen Kulturraumes und die Realitäten der vorschreitenden Russifizierung; die „unbegrenzte“ Freiheiten der Perestrojka und Demokratisierung Russlands und erbarmungslose Gesetze der freien Marktwirtschaft. Die RF/ZfD war jahrzehntelang ein Beweis der Existenz einer deutschen Volksgruppe in der Ferne vom Mutterland. Die Auswanderung der Mehrheit dieser Gruppe aus der Altairegion führte auch zum Untergang des Mediums. Ohne Leserschaft gibt es keine Zukunft. Traurig, aber wahr.

* Josef Schleicher ist Historiker und war von 1992 bis 1998 Chefredakteur der „Zeitung Für Dich“.